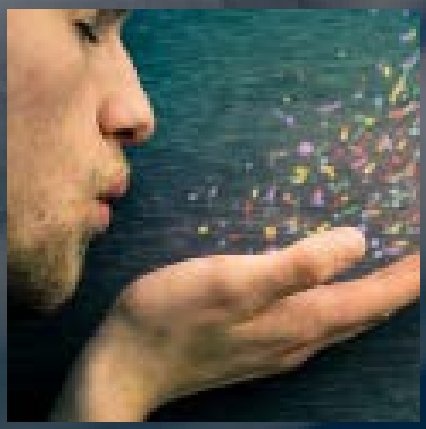
forschen · beraten · gestalten

Jahresbericht 2015

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.



ISS
Gemeinnütziger e. V.

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V., Frankfurt am Main

Impressum

Herausgeber
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
Frankfurt am Main

Design und Layout
active elements GmbH, www.active-elements.de

Druck
arago Consulting GmbH

Fotonachweis
Titelseite von links oben nach rechts unten:
© Mr. Nico – photocase.de, © Rawpixel – fotolia.com, © Lucky Business – shutterstock.com, © ovokuro – photocase.de, © SentientObserver – pixabay.com; transparenter Hintergrund: © ovokuro - photocase.de
Innenteil:
S. 4: © ISS e. V., S. 5: © ISS e. V., S. 7: © Kerstin Wagner, Fotografin, ISS e. V., S. 8 oben: © Traumbild – fotolia.com, S. 8 unten: © stockpics – fotolia.com, S. 9: © ISS e. V., S. 10: © Lucky Business - shutterstock.com, S. 12: © Lydia Geissler – fotolia.com, S. 13 unten li.: © Phils Photography – fotolia.com, S. 13 oben re.: © ISS e. V., S. 15 Mitte li.: © Tomasz Trojanowski – fotolia.com, S. 15 oben re.: © ISS e. V., S. 16: © FeeLona - pixabay.com, S. 17: © Monkey Business – fotolia.com, S. 18: © Rob – fotolia.com, S. 20: © Rawpixel - fotolia.com, S. 21: © BMFSFJ, S. 22: © kallejipp - photocase.de, S. 25: © ISS e. V., S. 27 Mitte li.: © Alexas_Fotos - pixabay.com, S. 27 unten re.: © ISS e. V., S. 28: © ISS e. V., S. 29: © ISS e. V., S. 30: © ISS e. V., S. 31: © ISS e. V., S. 33: © ISS e. V., S. 34: © ISS e. V.
Rückseite:
© ISS e. V., transparenter Hintergrund: © ovokuro - photocase.de

Inhalt

Vorwort | 5

Geschäftsfelder 7

Geschäftsfeld Sozialer Zusammenhalt und Beteiligung | 8
Geschäftsfeld Soziale Inklusion | 12
Geschäftsfeld Soziale Innovation | 15
Geschäftsstelle „Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung“ | 20
Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa | 22
Referenzliste | 24

Transfer 25

Fortbildungen | 26
Ressourcenorientierte Ausrichtung in der AAT®-/CT®-Ausbildung am ISS-Frankfurt a. M. | 27
Publikationen, Vorträge und Lehraufträge | 28

Organe des ISS 31

Struktur des ISS | 32
Praxisforschung und Projekte | 32
ISS-Vorstand | 33
Fachbeiräte | 33
Kontakte | 34

Vorwort

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

dieser Jahresbericht informiert Sie über die Aktivitäten des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. im Jahr 2015. Wir haben auch im zurückliegenden Jahr umfangreich zu aktuellen sozialpolitischen Themen gearbeitet und damit unser Kernthema der sozialen Teilhabe in die unterschiedlichen Diskurse eingebracht.

So beauftragte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das ISS-Frankfurt a. M. im Mai 2015 mit der Einrichtung einer Geschäftsstelle für den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Die Geschäftsstelle unterstützt die Sachverständigenkommission in ihrer Arbeit wissenschaftlich und organisatorisch, nimmt an ihren Sitzungen beratend teil und ist im Auftrag der Kommission für die Vergabe von Expertisen zuständig. Nachdem bereits der erste Teil explizit die genderbezogenen Benachteiligungen während des Lebensverlaufs herausgearbeitet hat, wird der in 2017 zu veröffentlichende Bericht dieses Wissen vertiefen und in Forderungen und Handlungsempfehlungen übersetzten.

Im Bereich der Rechtsextremismusprävention übernahm das ISS-Frankfurt a. M. im Jahr 2015 mit einem Schwerpunkt auf der Untersuchung von Jugendpartizipation zum einen die wissenschaftliche Begleitung des Programmbereichs lokale Partnerschaften für Demokratie im Bundesprogramm „Demokatie leben!" vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Zum anderen wurde der Prozess zur Entwicklung eines integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Land Nordrhein-Westfalen erfolgreich beendet.

Das Thema Flucht und Asyl bestimmte in 2015 nicht nur die sozialpolitische Debatte. Neben den vielen operativen Herausforderungen für Bund, Länder, Kommunen, Wohlfahrtsverbände und viele Ehrenamtliche ergab sich auch ein nicht unerheblicher Forschungsbedarf: Welche Menschen kommen da zu uns? Welche Bedarfe bringen sie mit und welche guten und weniger guten Lösungen werden vor Ort gefunden? Wie geht die Stadt- und Ortsgesellschaft lokal mit den Veränderungen um?

Im Auftrag des „beratungsNetzwerks hessen" hat das ISS Frankfurt a. M. eine Expertise zum Thema „Wie kann Integration von Flüchtlingen gelingen, damit die Stimmung nicht kippt?" erstellt. Die Ergebnisse dieser Expertise stehen auf der institutseigenen Website zum Download zur Verfügung. Weiterhin startete in Kooperation mit dem AWO-Bezirksverband Westliches Westfalen und der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW das Projekt YOUNG REFUGEES NRW mit einem ersten Projektschritt. Es wurden verschiedene Medien entwickelt, die sowohl jungen Geflüchteten als auch Fachkräften, die mit jungen Geflüchteten in Nordrhein-Westfalen arbeiten, als erste Orientierungshilfe dienen (www.youngrefugees.nrw). Darauf aufbauend werden in 2016 konkrete Bedürfnisse geflüchteter Kinder und Jugendlicher sowie Nutzungsbarrieren des Hilfe- und Unterstützungssystems in NRW identifiziert, um daraus dann praktische Handlungsempfehlungen zum Aufbau und zur Verstetigung gelingender Konzepte für minderjährige Geflüchtete zu erarbeiten. Das ISS-Frankfurt a. M. wird dann eines der ersten Institute sein, das konkrete, empirisch abgesicherte Erkenntnisse zur Situation von minderjährigen Flüchtlingen in die fachliche Diskussion einbringen kann.

In mehreren Projekten beschäftigten wir uns zentral oder am Rande mit der Zukunft der sozialen Daseinsvorsorge in Deutschland. Nicht nur im Bereich Flucht und Asyl wird diese Frage aufgeworfen, sondern insbesondere auch im Bereich der Teilhabe älterer Menschen. Der „Runde Tisch aktives Altern" wirft dabei die Frage auf, wie die Chancen genutzt werden können, die sich durch den Ruhestandseintritt der Babyboomer-Generationen ergeben. Wir unterstützten die inhaltliche Bearbeitung des Themas für den Runden Tische unter anderem mit einer besonderen Zuarbeit für die Arbeitsgruppe „Bildung im und für das Alter".

Wir sind davon überzeugt, dass die soziale Daseinsvorsorge in Deutschland auch zukünftig auf die wichtige Rolle starker Wohlfahrtsverbände aufbauen muss. Den Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt unterstützen wir dabei im mehrjährigen Programm „Stärkung des Mitgliederverbandes".

Die „Beobachtungsstelle für die gesellschaftspolitische Entwicklung in Europa" ist nach wie vor ein geschätzter Partner des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und unterstützt die Abteilungen in der wissenschaftlichen Fundierung politischer Fragestellungen mit europäischer Dimension. So wurden beispielsweise Themen wie die Radikalisierungsprävention von Jugendlichen, die Entwicklung von Demenzstrategien oder die Situation von LGBTI [1] aus internationaler Perspektive analysiert und schriftlich aufgearbeitet.

In diesem Vorwort können nur schlaglichtartig einzelne Projekte herausgehoben werden. Darüber hinaus haben die Mitarbeiter/innen des ISS-Frankfurt a. M. an vielen Stellen geforscht, evaluiert, berichtet, referiert, geschult oder beraten. Bei all diesen Gelegenheiten versuchen wir die soziale Teilhabe aller Menschen zu befördern und mit wissenschaftlichen Dienstleistungen zu unterstützen. Das ist uns auch in 2015 an vielen Stellen gelungen.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen

Benjamin Landes
Direktor des ISS

Direktor: Benjamin Landes

1 Aus dem Englischen: Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender and Intersexual; lesbische, schwule, bisexuelle, transgender und intersexuelle Menschen.

Geschäftsfelder

Das Geschäftsfeld Sozialer Zusammenhalt und Beteiligung

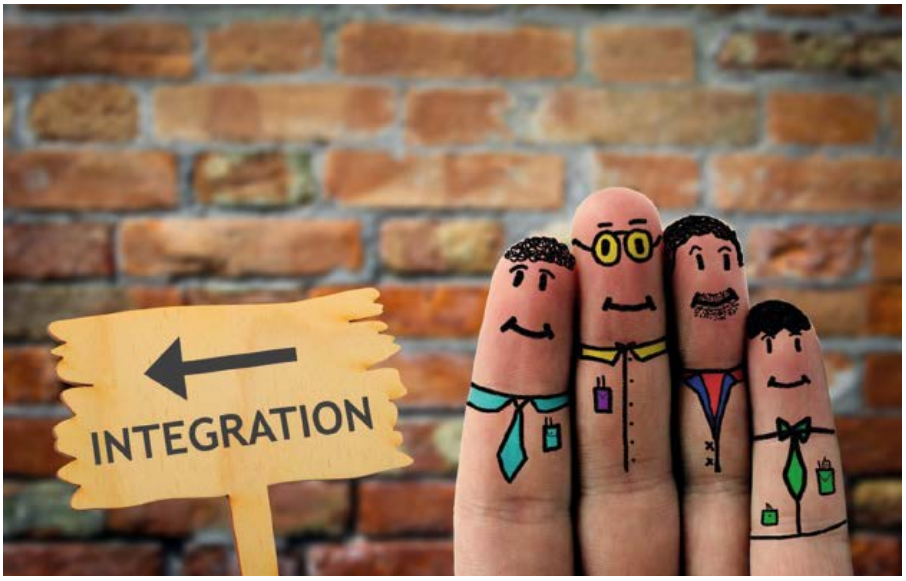
Maßnahmen, die den gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalt befördern, stehen im Fokus des Geschäftsfeldes. Wir widmen uns den Themen Demokratieförderung, Partizipation, zivilgesellschaftliches Engagement, der Prävention von Rechtsextremismus und zunehmend auch der Frage, wie die große Bereitschaft der Zivilgesellschaft zur Unterstützung von Geflüchteten in eine dauerhafte gesellschaftliche Akzeptanz überführt werden kann. Hierzu leisten wir Expertisen, wissenschaftliche Begleitung sowie fundierte Evaluationen. Unsere Arbeit soll zur Reflexion, fachlichen Konturierung und Fortschreibung staatlichen und zivilgesellschaftlichen Handelns beitragen.

Im Jahr 2015 hat das Geschäftsfeld seinen Arbeitsschwerpunkt der Evaluation komplexer Programme zur Demokratieförderung weiterhin verstetig. Seit Beginn des Jahres evaluieren wir nunmehr auch die Partnerschaften für Demokratie im neuen Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Neben der Wirkungsevaluation und der Analyse der demokratischen Qualität der Prozesse vor Ort liegt ein besonderes Augenmerk auf der Untersuchung von Jugendpartizipation. In 2015 haben wir ferner damit begonnen, die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ angebotenen Weiterbildungsmaßnahmen für die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen zu evaluieren. Es werden sowohl die Qualität der einzelnen Fortbildungsmodule überprüft, als auch die Lerneffekte bei den Teilnehmenden. Eine Besonderheit ist, dass auch Effekte „on the job“, also sechs Monate nach Abschluss der Weiterbildung, untersucht werden.

Im Land Nordrhein-Westfalen ist der Prozess zur Entwicklung eines integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus erfolgreich beendet worden. Die Evaluation des Hessischen Kinderförderungsgesetzes wurde fortgesetzt. Darüber hinaus wurde im Auftrag des beratungsNetzwerks hessen eine Expertise zum Thema „Wie kann Integration von Flüchtlingen gelingen, damit die Stimmung nicht kippt“? erstellt. Hierbei wurde der Frage nachgegangen, welche kommunalen Maßnahmen umzusetzen sind, damit verhindert werden kann, dass Bürger/innen zunehmend demokratiefeindliche und rassistische Positionen annehmen und die gesellschaftliche Stimmung in Richtung einer pauschalen Ablehnung von Zuwanderung kippt.

Expertise „Wie kann Integration von Flüchtlingen gelingen, damit die Stimmung nicht kippt“?

Die vom ISS-Frankfurt a. M. vorgelegte Expertise wurde vom beratungsNetzwerk hessen in Auftrag gegeben und hat Handlungsempfehlungen für die Implementierung des Konzeptes zum Thema „Integration von Flüchtlingen unter der Berücksichtigung lokaler Stimmungslagen“ formuliert. Handlungsbedarf wird insbesondere deshalb gesehen, weil aktuell vor allem das Engagement der Zivilgesellschaft Wahrnehmung erfährt. Ablehnung, die es in der Bevölkerung gibt und die sich eher an Stammtischen oder in sozialen Medien äußert, wird nicht explizit als Problem eingeschätzt, solange Proteste und Konflikte nicht manifest werden. Aktuell bindet die Bewältigung der Herausforderungen vor Ort die zivilgesellschaftlichen Kräfte, für eine präventive Auseinandersetzung mit rassistischen



und rechtsextremen Potenzialen bleibt schlichtweg kaum Freiraum. Soll aber pro-aktiv dafür Sorge getragen werden, dass die „Stimmung vor Ort nicht kippt“, so sollten folgende Grundsätze handlungsleitend sein.

Auf die politisch Verantwortlichen kommt es an!

Bei der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen sind politisch verantwortliche Akteure vor Ort, also (Ober)Bürgermeister/innen, Landrät/innen aber auch Parlamentsvertreter/innen, zunächst oftmals vor große Herausforderungen gestellt. Dennoch ist es von Anbeginn an wichtig, dass politische Akteure erkennen, dass sie nicht nur für die z.T. sehr kurzfristig zu bewältigende Organisation der Unterbringung und Versorgung der Menschen verantwortlich sind, sondern darüber hinaus eine klare, sichere und integere Haltung einnehmen, Verantwortung zeigen, Konflikte durchstehen und einen Dialog sowohl mit Bürger/innen als auch mit Geflüchteten selbst in Gang bringen müssen.

Transparent kommunizieren!

Es ist aktuell davon auszugehen, dass die Flüchtlingsaufnahme in den nächsten Jahren ein aktuelles Thema bleiben wird und dass durchaus immer wieder nicht im Voraus planbare Ereignisse eintreten, die ein hohes Maß an Flexibilität erfordern. Gerade diese sich stetig verändernde Situation erfordert eine zeitnahe, faktenbasierte und transparente Information von Bürger/innen aber auch von involvierten staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Sie ist ein ausschlaggebender Faktor zur Vorbeugung ablehnender Reaktionen.

Ohne das zivilgesellschaftliche Engagement geht es nicht!

Zivilgesellschaftliches Engagement ist mehr als eine Face-to-Face-Unterstützung von Flüchtlingen, sondern auch Ausdruck einer gelebten demokratischen Kultur, einer bürgerschaftlichen Bewegung für mehr gesellschaftliche Offenheit und Respekt. Insofern ist eine Unterstützung der Vielfalt im zivilgesellschaftlichen Engagement als Anerkennung zentraler demokratischer Grundwerte zu verstehen und sollte in allen seinen Formen ermöglicht, anerkannt, qualifiziert und für die Zukunft gesichert werden.

Probleme gehören dazu!

Trotz aller positiven gesellschaftlichen Veränderungen und der hohen Engagementbereitschaft der Bürger/innen kann die Erwartung nicht die sein, dass die Prozesse der Integration spannungsfrei verlaufen. Es werden daher eine offenen Diskurskultur sowie konstruktive Verfahren der Konfliktbewältigung benötigt. Zu bedenken gilt auch, dass politische Strategien für den parlamentarischen Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in den Blick genommen werden müssen und es auch zunehmend wichtig sein wird, globale Konfliktlinien zu antizipieren (Stichworte „Terror in Paris“ sowie „Übergriffe in der Silvesternacht in Köln“) und aktive Wege zu ihrer differenzierten Thematisierung in lokalen Settings zu suchen.

Begegnungsmöglichkeiten und gesellschaftliche Teilhabe schaffen!

Flüchtlingen von Beginn ihres Aufenthaltes an Möglichkeiten zu eröffnen, am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben teilzuhaben, ist eine notwendige Voraussetzung, damit Integration gelingt. Begegnungen zwischen der ortsansässigen Bevölkerung und Flüchtlingen sind hierfür der erste Schritt. Sie ermöglichen das gegenseitige Kennenlernen, den Abbau von Hemmungen und Vorurteilen und können einen wesentlichen Beitrag für die gegenseitige Anerkennung leisten. Zug um Zug müssen Geflüchtete jedoch als eigenständige Akteure gesehen und anerkannt werden. Hierzu müssen ihre Kompetenzen gefördert, ihnen muss Eigeninitiative ermöglicht und diese muss strukturell gestützt werden.

Integrationskonzepte partizipativ erarbeiten!

Angesichts des hohen Einsatzes, der aktuell von allen Seiten erbracht werden muss, um die drängendsten Notwendigkeiten in der Aufnahme von Flüchtlingen zu bewältigen, ist es nicht verwunderlich, dass dezidierte Fragestellungen und Konzepte zum weiteren Vorgehen vor Ort aktuell wenig thematisiert werden. Dennoch liegt auf der Hand, dass in naher Zukunft Konzepte zur langfristigen (Weiter-)Entwicklung lokaler Integrationsstrategien implementiert werden müssen. Es werden daher vor Ort partizipativ angelegte Diskursprozesse und Ansätze benötigt, die z.B. bereits in der Gemeinwesenarbeit erprobt wurden und die neben der Quartiers- oder

Geschäftsfeldleitung

Irina Bohn

irina.bohn@iss-ffm.de
069 957 89-158

Geschäftsfeldprofil

Aufgabe des Geschäftsfeldes Sozialer Zusammenhalt und Beteiligung ist es, Rahmenbedingungen, Prozesse und Handlungskonzepte, die eine aktive Beteiligung der Bürger/innen an der Gestaltung einer sozialen und demokratischen Gesellschaft befördern, zu beobachten, zu unterstützen und weiterzuentwickeln.

Die zentralen Arbeitsschwerpunkte des Geschäftsfeldes liegen aktuell in den Bereichen:

- Prävention von Rechtsextremismus, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Demokratieförderung
- Evaluation von Gesetzesänderungen in der Kindertagesbetreuung
- Freiwilliges Engagement, Jugendpartizipation und Bürgerbeteiligung
- Prozesse der partizipativen Konzeptentwicklung
- Entwicklung und Transfer von beteiligungsorientierten Modellen und (Qualitäts-)Konzepten in kommunalen Kontexten

Stadtentwicklung auch auf den Aufbau kollektiver Identitäten und sozialen Zusammenhalts über unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen hinweg setzen. Stärker als bisher müssen dabei aber die Potenziale einer vielfältigen Gemeinschaft und lebendigen demokratischen Kultur in den Blick genommen werden. Ein solcher Entwicklungsbedarf zeichnet sich insbesondere für den ländlichen Raum ab, wo Formen der Nachbarschaftshilfe, der Einfluss von deutungsmächtigen Akteuren und die unausweichliche räumliche Nähe als Motoren der Integration gesehen werden, jedoch die Notwendigkeit gezielter ergänzender Maßnahmen aus dem Blick gerät.

Rassismus und rechtsextremen Bestrebungen offensiv begegnen, Opfer schützen!

Maßnahmen, Initiativen und Projekte, die Flüchtlinge unterstützen, Begegnungen ermöglichen und niedrigschwellig Barrieren des Zugangs abbauen, sind unerlässliche Angebote, um Flüchtlingen ein „gutes" Ankommen vor Ort zu ermöglichen und stellen wichtige Brückenfunktionen für die Integration der Menschen dar. Dennoch bleibt auch die aktive Auseinandersetzung mit alltäglichen Formen von Rassismus und gar rechtsextrem motivierten öffentlichen Kampagnen gegen Flüchtlinge eine dauerhafte Herausforderung. Auch zukünftig wird es weiterhin notwendig sein, zivilgesellschaftlich organisierte Bündnisse gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu schließen und sichtbar für die Belange von Flüchtlingen und für demokratische Werte einzutreten. Rassistische Anfeindungen sollten öffentlich sichtbar – besser noch – dokumentiert und die aktive Gegenrede in sozialen Medien eingeübt werden. Ferner bedarf es eines wirksamen Schutzes gegen Gewalt und einer professionellen Hilfe für die Opfer.

Wissenschaftliche Prozessbegleitung bei der Erstellung eines integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus in Nordrhein-Westfalen (NRW)

Im Jahr 2013 hat – basierend auf dem Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN – das Land NRW einen Prozess zur Erarbeitung eines integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus gestartet. Das Handlungskonzept soll einen Beitrag dazu leisten, die Kooperation der unterschiedlichen Akteure zu fördern, Projekte und Maßnahmen im Land stärker zu vernetzen und aufeinander abzustimmen sowie zu einer nachhaltigen Strategie zusammenzufassen.

Das ISS-Frankfurt hat diesen Prozess wissenschaftlich begleitet und die verantwortlichen Akteure sowohl bei der Zielexplikation als auch partizipativen Umsetzung unterstützt.

Die Besonderheit des in NRW erarbeiteten Handlungskonzepts ist, dass neben der Mitarbeit aller relevanten Ressorts auf Landesebene auch eine umfassende und mehrstufige Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure stattgefunden hat. Dieser partizipative Arbeitsansatz war zentrales Kennzeichen des Erarbeitungsprozesses. Es ging einerseits darum, die Expertise und Erfahrung der Zivilgesellschaft einzubinden und diese für die Ausgestaltung des Handlungskonzepts sowie die Arbeit der Ressorts zu nutzen. Andererseits spielte die Vernetzung der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure eine wichtige Rolle. Diese konnte durch den Prozess verstärkt werden.

Projekte

Wissenschaftliche Begleitung des Programmbereichs lokale Partnerschaften für Demokratie im Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“

Auftraggeber
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Projektpartner
Camino gGmbH, Berlin
Projektlaufzeit
Januar 2015 – Dezember 2019
Ansprechpartner/innen
Irina Bohn
✉ irina.bohn@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-158
Jan Saßmannshausen
✉ jan.sassmannshausen@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-115
Dr. Irina Volf
✉ irina.volf@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-138

Wissenschaftliche Prozessbegleitung bei der Entwicklung eines integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Auftraggeber
Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen
Projektlaufzeit
November 2013 – Oktober 2015
Ansprechpartnerin
Irina Bohn
✉ irina.bohn@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-158

Elternbefragung zur Ermittlung des Bedarfs an Betreuungsplätzen für unter 3-Jährige im Rahmen der kommunalen Jugendhilfeplanung

Auftraggeber
Stadt Nürnberg
Projektlaufzeit
September 2015 – Februar 2016
Ansprechpartnerin
Sybille Kühnel
✉ sybille.kuehnel@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-159

Evaluation der Konzeptförderung der außerschulischen Jugendbildung im Rahmen des Landesjugendförderplans 2012 – 2015

Auftraggeber
Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Freistaates Thüringen
Projektlaufzeit
September 2015 – Februar 2016
Ansprechpartner
Marius Hilkert
✉ marius.hilkert@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-157
Jan Saßmannshausen
✉ jan.sassmannshausen@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-115

Expertise „Wie kann Integration von Flüchtlingen gelingen, damit die Stimmung nicht kippt?“

Auftraggeber
Demokratie Zentrum im beratungsNetzwerk hessen
Projektlaufzeit
November 2015 – Dezember 2015
Ansprechpartnerin
Irina Bohn
✉ irina.bohn@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-158

Evaluierung von Änderungen des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches (HKJGB) durch das Hessische Kinderförderungsgesetz (HessKiföG)

Auftraggeber
Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Projektlaufzeit
Juni 2014 – Dezember 2016
Ansprechpartnerinnen
Sybille Kühnel
✉ sybille.kuehnel@iss-ffm.de,
☎ 069 957 89-159
Anne Stahlmann
✉ anne.stahlmann@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-142
Dr. Irina Volf
✉ irina.volf@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-138

Das Geschäftsfeld Soziale Inklusion

Das Geschäftsfeld „Soziale Inklusion“ konzentriert sich auf mehrere Themen, die sich mit der Förderung der Teilhabe benachteiligter Bevölkerungsgruppen beschäftigen. Zentral war dabei in den letzten Jahren die Konkretisierung des Inklusionskonzeptes für die Praxis. Es wurde untersucht, wo und wie Menschen hierzulande (nicht) am gesellschaftlichen Leben teilhaben können und welche Rahmenbedingungen zu schaffen sind, um Teilhabe aller zu ermöglichen. Neben dem klassischen Feld armer Kinder und Jugendlicher umfasst dies auch die Teilhabe älterer Menschen oder den stark gewachsenen Bereich Migration. Der methodische Schwerpunkt liegt dabei in der quantitativen und qualitativen Sozialforschung. Im Jahr 2015 hatte das Geschäftsfeld Arbeitsschwerpunkte in Projekten zur Untersuchung von Kinderarmut und im Abschluss der dritten Phase des Modellprojekts Mo.Ki III – Frühes Fördern als Anspruch der Sekundarstufe I. Eine Fortsetzung des Projekts (Mo.Ki IV) wird 2016 starten.

Young Refugees NRW

Das Projekt „Young Refugees NRW“ ist ein Gemeinschaftsprojekt und wird von der AWO Bezirksverband Westliches Westfalen e. V. und dem Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. verwirklicht. Gefördert wird es durch die Stiftung Wohlfahrtspflege NRW im Zeitraum November 2015 bis Januar 2017. Ziel des Projekts ist es, konkretes Wissen zu den Bedürfnissen von jungen Geflüchteten zu generieren sowie Empfehlungen für den Ausbau und die Weiterentwicklung von koordinierten und integrierten kommunalen Gesamtkonzepten der Förderung Minderjähriger zu erstellen. Der Blick richtet sich insbesondere auf die Entwicklung von passgenauen Hilfen im bestehenden Versorgungssystem, die sich an den Bedürfnissen der geflüchteten Kinder und Jugendlichen orientieren. Dabei soll gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden. Das Projekt besteht aus drei aufeinander aufbauenden Arbeitsschritten:

1. Im ersten Projektschritt werden verschiedene Medien entwickelt, die sowohl jungen Geflüchteten als auch Fachkräften, die mit jungen Geflüchteten in NRW arbeiten, als erste Orientierungshilfe dienen sollen. Diese Medien gliedern sich u. a. in folgende Bereiche: Asylsystem und -verfahren, Wohnen und Unterbringung, Geld und Versorgung, Sprache, Bildung, Arbeit, Gesundheit.
2. Im darauffolgenden Projektschritt geht es darum, die konkreten Bedürfnisse geflüchteter Kinder und Jugendlicher sowie Nutzungsbarrieren des Hilfe- und Unterstützungssystems in NRW zu identifizieren. Um dieses Ziel zu erreichen, werden qualitative Interviews mit unbegleiteten und begleiteten minderjährigen Geflüchteten und ihren Eltern aus den Herkunftsländern Syrien, Afghanistan und Eritrea geführt. Zudem werden Leitungs- und Fachkräfte aus Politik und Verwaltung sowie Ehrenamtliche zu ihrer Einschätzung befragt.
3. Im dritten Projektschritt werden praktische Handlungsempfehlungen zum Aufbau und zur Verstetigung gelingender Konzepte der Hilfe- und Unterstützungssysteme für minderjährige Geflüchtete erarbeitet. Der Schwerpunkt liegt dabei v. a. auf der Nachhaltigkeit und Passgenauigkeit der Maßnahmen sowie auf der notwendigen Vernetzung und Kooperation aller beteiligten Akteure. Die Ergebnisse werden in Empfehlungen für den Ausbau und die Weiterentwicklung integrierter Gesamtkonzepte überführt, die die unterschiedlichen Rahmenbedingungen in Kommunen berücksichtigen und junge Geflüchtete nicht „außen vor“ lassen, sondern Möglichkeiten der Lebensgestaltung und der gesellschaftlichen Teilhabe eröffnen.

Metaanalyse von Kinderarmutsstudien

Armut von Kindern wird in Deutschland spätestens seit der Jahrtausendwende in der Öffentlichkeit und Politik als gesellschaftliches Problem wahrgenommen. Die Folgen des Aufwachsens in einer einkommensarmen Familie werden aus zwei Perspektiven diskutiert: Zum einen steht die unmittelbare Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen in ihrer alltäglichen Lebenswelt im Fokus und es wird nach Risiken für die Exklusion aus einer normalen Kindheit und der Beeinträchtigung von Kinderrechten gefragt. Zum anderen gilt Armut auch als Risikofaktor für die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen und der Blick richtet sich auf die daraus resultierenden gesellschaftlichen Folgeprobleme, wie die Notwendigkeit (teurer) staatlicher Interventionen, eine zunehmende soziale Ungleichheit und die damit verbundenen Risiken für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die hohe gesellschaftliche Relevanz des Themas hat zur Folge, dass es eine Vielzahl von Veröffentlichungen gibt, die sich auf Kinderarmut beziehen. Gleichwohl fällt auf, dass in den meisten Veröffentlichungen zum Thema Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche nur auf eine Handvoll empirischer Studien verwiesen wird, um die Argumentation zu unterstützen. Diese Diskrepanz zwischen einer unübersichtlichen Veröffentlichungsflut und Unklarheiten über den tatsächlichen empirischen Stand und eventuelle Forschungslücken war für die Bertelsmann Stiftung Ausgangspunkt zur Beauftragung einer Überblicksstudie.

Unsere umfassende Recherche erbrachte, dass 59 relevante und einzubeziehende Forschungsarbeiten vorlagen, sie bildeten die Grundgesamtheit der Metastudie.

Der Überblick über alle Forschungsarbeiten zeigt interessante Gemeinsamkeiten: Armut ist in allen untersuchten Bereichen mit Risiken für Benachteiligungen und Defiziten verbunden. Der Zusammenhang ist nicht deterministisch, aber typisch: Nicht alle armen Kinder schneiden schlecht in der Schule ab, haben wenige Freunde, rauchen früh ihre erste Zigarette und müssen ihr Zimmer mit Geschwistern teilen. Aber diese Einschränkungen sind typisch für arme Kinder, während sie bei Kindern aus besser situierten Familien als untypisch anzusehen sind.

Als gesicherte Erkenntnisse können vor dem Hintergrund der untersuchten Studien gelten (deutlich verkürzte Auswahl):

- Die Grundversorgung ist beispielsweise in den Bereichen Wohnen und Ernährung bei armen Kindern eingeschränkt. Die materielle Teilhabe ist deutlich eingeschränkt.
- Armut wirkt sich nicht einheitlich negativ auf die sozialen Beziehungen aus. Die Ergebnisse liefern Hinweise auf moderierende Faktoren, die den Einfluss von Armut auf die soziale Integration sowohl kompensieren als auch verstärken können. Armut kann die Familienbeziehungen belasten, was mit weiteren Auswirkungen auf die gesamte Lebenslage verbunden ist.
- Für arme Kinder und Jugendliche besteht von früher Kindheit an ein hohes Risiko für die Bildungsbiografie. (Einkommens-) Armut hat neben weiteren Aspekten der sozialen Lage einen eigenständigen Einfluss auf die schulischen Kompetenzen und die Leistungsbewertung.
- Die Studien zeigen gesundheitliche Einschränkungen, die jedoch nicht eindeutig finanzieller Armut zugeordnet werden können, sondern möglicherweise in Wechselwirkung mit dem Bildungshintergrund und weiteren Faktoren stehen.

In 2016 wird die Metastudie von der Bertelsmann Stiftung veröffentlicht werden.

Geschäftsfeldleitung

Claudia Laubstein
(kommiss. Leitung)
✉ claudia.laubstein@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-126

Geschäftsfeldprofil

Das Geschäftsfeld Soziale Inklusion befasst sich mit Teilhabe und sozialer Inklusion aus zwei Blickrichtungen. Auf der einen Seite führen wir empirische Analysen von Benachteiligung und Ausgrenzung durch. Auf der anderen Seite setzen wir uns theoretisch wie konzeptionell mit Prävention und Inklusion – z. B. kommunalen Präventionsstrategien – auseinander. Dadurch ergibt sich einerseits das ganz spezifische Profil des Geschäftsfeldes und andererseits auch die einmalige Chance einer komplexen Beschäftigung mit sozialen Phänomenen. Die Analysen liefern unmittelbar Hinweise auf gesellschaftliche Verwerfungen und damit Ansatzpunkte zum Weiterdenken über inklusive Strukturentwicklung und präventives Handeln. Hierfür arbeiten wir nach hohen wissenschaftlichen Standards, führen gezielt qualitative Befragungen durch und werten quantitative Datensätze aus.
Das Leistungsspektrum des Geschäftsfelds reicht von der Evaluation und wissenschaftlichen Begleitung über die fachlich-inhaltliche Beratung bis hin zum Erstellen von Studiendesigns und der Durchführung von umfassenden Projektvorhaben.

Die zentralen Arbeitsschwerpunkte des Geschäftsfelds liegen aktuell in den Bereichen:

- Soziale Inklusion
- Lebenslagenforschung
- Kinder- und Familienarmut
- Armutsprävention
- Migration und Soziale Arbeit
- Wohnungslosigkeit bei Kindern und Jugendlichen

Projekte

Zeitschrift Migration und Soziale Arbeit
Auftraggeber
Eigenprojekt des ISS-Frankfurt a. M. / Herausgeber
Projektlaufzeit
laufend seit 1979
Ansprechpartnerin
Tina Alicke
✉ tina.alicke@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-154

Politikberatung „Armut und soziale Ausgrenzung" für öffentliche und freigemeinnützige Institutionen sowie Träger der sozialen Arbeit
Auftraggeber
Eigenprojekt des ISS-Frankfurt a. M.
Projektpartner
- Forschungs- und Bildungseinrichtungen (z. B. FH Oldenburg, Akademisches Zentrum Rabanus Maurus und Oswald-von-Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik in Frankfurt a. M., AWO-Akademien)
- Ministerien und Fraktionen auf Landes- und Bundesebene (z. B. Brandenburg, NRW, Rheinland-Pfalz, Saarland sowie Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD)
- Fachorganisationen/-verbände (z. B. AWO, DGgKV, DCV der Bistümer Limburg, Köln, Trier, DW der Ev.-luth. Landeskirche Hannover, Ev. Kirchen der Kirchenprovinz Sachsen, HAGE, WSI der Hans-Böckler-Stiftung)
- Kommunen (z. B. Augsburg, Göttingen, Oberhausen, Nürnberg) und kommunale Netzwerke (z. B. Sozialpolitische Offensive Frankfurt a. M., Armutskonferenz Salzburg)
- Stiftungen (z. B. Bertelsmann Stiftung, Karl-Kübel-Stiftung, Kindernothilfe)

Projektlaufzeit
laufend seit 2006
Ansprechpartnerin
Gerda Holz
✉ gerda.holz@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-131

Subjektive Wahrnehmung von Armut und sozialer Ausgrenzung
Auftraggeber
Forschungsstelle für wissenschaftliche Weiterentwicklung
Projektlaufzeit
Dezember 2015 – März 2016
Ansprechpartnerin
Claudia Laubstein
✉ claudia.laubstein@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-126

Wissenschaftliche Begleitung im LVR-Förderprogramm „Teilhabe ermöglichen – Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut"
Auftraggeber
Landschaftsverband Rheinland, Landesjugendamt
Projektpartner
ISS Beratungs- und Entwicklungs GmbH
Projektlaufzeit
November 2011 – Dezember 2015
Ansprechpartnerin
Gerda Holz
✉ gerda.holz@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-131

Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation des Modellprojekts Mo.Ki III – Frühes Fördern als Anspruch der Sekundarstufe I
Auftraggeber
AWO Bezirksverband Niederrhein e. V., Fördermittel der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW und des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen
Projektpartner
Stadt Monheim am Rhein
Projektlaufzeit
August 2012 – Dezember 2015
Ansprechpartnerinnen
Gerda Holz
✉ gerda.holz@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-131
Claudia Laubstein
✉ claudia.laubstein@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-126

Expertise Kinder- und Familienarmut in Berlin
Auftraggeber
Stiftung Hilfe für die Familie – Berliner Beirat für Familienfragen
Projektlaufzeit
März 2014 – Januar 2015
Ansprechpartnerinnen
Gerda Holz
✉ gerda.holz@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-131
Claudia Laubstein
✉ claudia.laubstein@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-126

Wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts „Kinderchancen Singen e. V."
Auftraggeber
Kinderchancen Singen e. V.
Projektlaufzeit
Februar 2014 – Dezember 2016
Ansprechpartnerin
Gerda Holz
✉ gerda.holz@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-131

Kurzbefragung zu Resilienz junger Heranwachsender und Gestaltung ihres Übergangs in den Beruf
Auftraggeber
HIT-Stiftung
Projektlaufzeit
März – Juni 2015
Ansprechpartnerin
Claudia Laubstein
✉ claudia.laubstein@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-126

Metaanalyse Kinderarmut
Auftraggeber
Bertelsmann Stiftung
Projektlaufzeit
Juli 2015 – März 2016
Ansprechpartnerinnen
Gerda Holz
✉ gerda.holz@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-131
Claudia Laubstein
✉ claudia.laubstein@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-126

Young Refugees NRW – Passgenaue Unterstützung für geflüchtete Kinder und Jugendliche
Auftraggeber
AWO Bezirksverband Westliches Westfalen e. V., Fördermittel der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW
Projektlaufzeit
November 2015 – Januar 2017
Ansprechpartnerinnen
Tina Alicke
✉ tina.alicke@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-154
Nadine Seddig
✉ nadine.seddig@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-175
Stephanie Warkentin
✉ stephanie.warkentin@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-143

Das Geschäftsfeld Soziale Innovation

Als Praxisforschungsinstitut interessiert uns, dass der Transfer von Erkenntnissen aus un- seren wissenschaftlichen Dienstleistungen in die Praxis gelingt und im Gegenzug Praxiser- fahrung unsere wissenschaftliche Arbeit voranbringt. Dazu fragen wir immer auch nach den gesellschaftlichen, politischen und fachlichen Kontexten, in denen sich die Anliegen unserer Auftraggeber bewegen, und es ist uns ein wesentliches Anliegen, die Interessen aller beteiligten Akteure einzubinden. Schon bei der Festlegung von Zielen, Meilensteinen und Aufgabenpaketen unserer wissenschaftlichen Dienstleistungen bringen wir diese Aspekte in die Auftragsklärung ein und treten damit in einen sich gegenseitig befruchtenden dialogischen Prozess mit den Auftraggebern. Das ist auch deshalb bedeutsam, weil wir bei vielen Fragestellungen die Erfahrung machen, dass durch unsere Praxisforschung generierte Daten und daraus abgeleitetes Wissen und ggf. Handlungsimpulse noch lange nicht dazu führen, dass Programme, Maßnahmen und Strukturen weiterentwickelt werden.

Eine besondere Kompetenz unserer Wissenschaftler/innen liegt deshalb auch darin, Auftraggeber bei der Umsetzung von Veränderungsprojekten zu beraten und zu begleiten oder sie im Sinne von Politikberatung mit Informationen, Wissen und Prozesskompetenz zu unterstützen. Diese wissenschaftlichen Dienstleistungen haben wir z. B. auch in 2015 für das Ministerium für Familie, Kultur, Jugend, Kinder und Kultur des Landes Nordrhein-Westfalen erbracht: Von der Erstellung fachlicher Expertisen bis hin zur Konzeption und Moderation von Workshops und Leitungsklausuren konnten wir die Verantwortlichen dort in deren Aufgaben begleiten. Den Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt, um ein zweites Beispiel zu nennen, unterstützen wir auf vielfältige Art und Weise bei der Umsetzung eines auf fünf Jahre angelegten Programms zur Mitgliedergewinnung und -bindung: Wir haben eine Untersuchung der Arbeit von Ortsvereinen im Sozialraum durchgeführt, beraten das Modellprojekt „AWO aktiv vor Ort“ und unterstützen bei der Entwicklung und Evaluierung von Beratungs- und Begleitstrukturen für die AWO-Gliederungen.

Um ein Handlungsfeld insgesamt auszuleuchten, hat das Institut das Format „ISS im Dialog“ entwickelt, bei dem wir Expert/innen eines Handlungsfelds im Rahmen eines gezielt dialogisch angelegten Formats in Frankfurt zusammenbringen. Für das Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend haben wir in in 2015 mehrere solcher Dialoge zum Thema „Bildung älterer Menschen“ und den „Runden Tisch aktiven Alterns“ konzipiert und durchgeführt.

Geschäftsfeldleitung

Wolfgang Kleemann

✉ wolfgang.kleemann@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-160

Geschäftsfeldprofil

Das Geschäftsfeld Soziale Innovation erbringt wissenschaftliche Dienstleistungen für Auftraggeber aus Bund, Ländern und Kommunen sowie für freie und öffentliche Träger der Wohlfahrtspflege. Besonders interessieren uns Projekte aus der Sozialen Arbeit, die mit innovativen Ansätzen die Praxis voranbringen wollen.

Die inhaltlichen Schwerpunkte um das Themenfeld Verbands- und Organisationsentwicklung sind: Kinder- und Jugendhilfe (Hilfen zur Erziehung, Jugendarbeit, außerschulische Jugendbildung, Kinderschutz), Familienpolitik, Familienförderung und Familienbildung (Eltern- und Familienbildung, Frühe Förderung und Frühe Hilfen), Soziale Infrastrukturplanung ((integrierte) Sozialplanung, Jugendhilfeplanung, Kindertagesstättenbedarfsplanung) sowie Themen aus den Handlungsfeldern Alternde Gesellschaft und Bürgerschaftliches Engagement.

Dazu

- begleiten wir jene, die neue Konzepte und Handlungsstrategien entwickeln und erproben.
- initiieren und fördern wir den Transfer von Ergebnissen in Praxis, Wissenschaft und Politik sowie die Vernetzung in den Handlungsfeldern.
- entwickeln, begleiten und evaluieren wir Projekte und Themen, die aus unserer und/oder der Sicht des Auftraggebers Innovationscharakter haben.
- setzen wir auch ungewöhnliche, aber zielführende Instrumente und Methoden ein und kombinieren diese mit wissenschaftlich bewährten Instrumenten.

Wissenschaftliche Begleitung des Projektes „Neuer Start“ (NeSt)

Das Projekt „NeSt“ (Neuer Start) der EVIM Jugendhilfe Wiesbaden ist ein neues, ergänzendes Betreuungsangebot für Kinder von 0 bis 3 Jahren, bei denen das Jugendamt die Entscheidung einer Herausnahme aus der Familie aufgrund der Gefährdung des Kindeswohls nach § 8a SGB VIII getroffen hat. Das Angebot verbindet eine vollstationäre Schutzmaßnahme für Kinder und eine ambulante (bzw. teilstationäre) Unterstützungsleistung für Eltern zur Stärkung der Erziehungskompetenz. Ziel ist es, die Verfahren der Herausnahmen von Kindern bindungssensibler und langfristiger sowie daran anschließende Entscheidungsprozesse transparent und akzeptiert zu gestalten. Die Nutzung des Angebots „NeSt“ soll zur Klärung der Situation und zur Absicherung sich anschließender Entscheidungen beitragen. In engem Kontakt zwischen Eltern, Jugendamt und Einrichtung soll diskutiert werden, ob und, wenn ja, wie es zu einer Rückkehr des Kindes in den elterlichen Haushalt kommt.

Für diese Zielgruppe wurde eine vollstationäre Gruppe mit fünf Plätzen geschaffen. Als Bedingung für eine Aufnahme verpflichten sich die Eltern bzw. der alleinerziehende Elternteil, jeden Tag der Woche von 9 bis 18 Uhr in der Gruppe zu verbringen. Dabei ist das Angebot auf eine maximale Verweildauer von sechs Monaten angelegt. Einerseits soll den Kindern ein sicherer Ort mit fördernder Betreuung und guter Versorgung garantiert werden, andererseits sollen mit den Eltern die Unterbringungsgründe reflektiert und gezielt an der Mobilisierung von Ressourcen und Lösungsmodellen gearbeitet werden.

Die Wohnform „NeSt“ wird seit Projektbeginn im Auftrag der EVIM Jugendhilfe Wiesbaden durch das ISS-Frankfurt a. M. wissenschaftlich begleitet. Die Begleitung ist auf zwei Jahre angesetzt und verfolgt drei grundlegende Fragestellungen:

- Wie gelingt die Vermittlung von Elternkompetenzen?
- Wie kann bei einer angezeigten, längeren Fremdunterbringung das Einvernehmen mit den Eltern erarbeitet werden?
- Welche Erfolgsfaktoren und Rahmenbedingungen lassen sich für die Maßnahmengestaltung identifizieren?

Die Gruppengröße von maximal fünf Kindern sowie die maximale Verweildauer von sechs Monaten bieten die Chance, die wissenschaftliche Begleitung besonders einzelfallorientiert auszurichten. Das Untersuchungsdesign wird mithilfe von drei Methodenbausteinen umgesetzt:

- Fortlaufende, fallorientierte Dokumentation (Monitoring)
- Qualitative Interviews mit Eltern
- Entwicklungsworkshop-Reihe

Das Monitoring erfasst die vorliegenden Problemkonstellationen, Zielgruppen und Entwicklungsziele. Daran anknüpfend dient es letztlich der Messung der Zielerreichung im Einzelfall und wird über einen Online-Zugang zum Dokumentations-System der Fachkräfte der Wohngruppe umgesetzt, der dem ISS-Frankfurt a. M. einen Einblick in die tägliche Verlaufsdokumentation und die elektronische Akte ermöglicht.

Elterninterviews zielen retrospektiv darauf, die Wirkfaktoren aus Sicht der Eltern zu erfassen und erheben individuelle Einschätzungen zu Veränderungen und Erfolgen im Maßnahmenverlauf. Um die Eltern zu Beginn und während der Maßnahme nicht zusätzlich zu verunsichern, werden die offenen qualitativen Interviews zum Ende der jeweiligen Aufenthaltsphase geführt.

Im Rahmen von Entwicklungsworkshops erhebt das ISS-Frankfurt a. M. Gelingensbedingungen aus der Perspektive der beteiligten Jugendämter sowie der beteiligten Fachkräfte. Darüber hinaus dienen die Workshops im Sinne einer formativen Evaluation auch der fortlaufenden Vermittlung und Diskussion der Evaluationserkenntnisse.

Freiwillige, Mitglieder, Ehren- und Hauptamtliche: Die AWO als Möglichkeitsraum – ISS begleitet Entwicklungsprojekte des AWO-Bundesverbandes e. V.

In den letzten Jahren gelang es den Verantwortlichen der Arbeiterwohlfahrt, den Verband insgesamt im Spannungsfeld „Mitgliederorganisation" (Stichwort Geschichte und Kultur eines sozialpolitisch und bürgerschaftlich engagierten Traditionsverbandes) und „Soziales Dienstleistungsunternehmen" (Stichwort Marktzwänge) strukturell weiterzuentwickeln. Lösungen an der einen erzeugen allerdings immer neue Herausforderungen an anderer Stellen: Die AWO als Möglichkeitsraum für Freiwillige, Mitglieder sowie haupt- und ehrenamtlich Engagierte konnte nicht überall in dieser Entwicklung Schritt halten, neue alte Fragen drängen sich in den Vordergrund: Wie gelingt es besser, Anknüpfungspunkte zu schaffen für Bürger/innen, die sich thematisch, inhaltlich, (sozial-)politisch oder schlicht für ihr Lebensumfeld einsetzen wollen? Welche Entwicklungsperspektiven brauchen die vorhandenen Strukturen, insbesondere die Ortsvereine als Kerne sozialraumbezogener Aktivitäten?

Um Antworten auf diese Fragen zu finden, investiert der Bundesverband der AWO in ein Entwicklungsprojekt, das durch das ISS-Frankfurt a. M. beraten und begleitet wird. Dazu gehört eine frisch abgeschlossene Feldstudie in den Ortsvereinen der AWO, die konzeptionelle und organisationsentwicklerische Unterstützung bei der Durchführung von thematischen Think Tanks sowie die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation. Das Projekt ist insgesamt auf fünf Jahre angelegt; Erkenntnisse und Erfahrungen sind für alle Wohlfahrts- und Mitgliedsverbände mit ähnlichen Fragestellungen interessant.

Runder Tisch „Aktives Altern – Übergänge gestalten"

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend initiierte am 30. Juni 2015 auf einer zentralen Plenumsveranstaltung den Runden Tisch „Aktives Altern – Übergänge gestalten" (RTAA). Der RTAA möchte die wachsende Gruppe aktiver älterer Menschen und ihre Potenziale mehr in den gesellschaftlichen Fokus rücken. Unter Einbeziehung von Ländern und Kommunen, Verbänden und Vereinigungen der Zivilgesellschaft sowie von Wissenschaft und Fachpraxis wird diskutiert, wie der notwendige Perspektivenwechsel hin zu einem Verständnis für „Aktives Altern" umgesetzt werden kann. Dabei soll dieser Wandel nicht von oben verordnet werden, sondern muss vielmehr in der Gesellschaft gewollt und in allen Politikbereichen sowie auf allen Ebenen initiiert werden.

Zu diesem Zweck werden in einem zweijährigen Prozess (bis 2017) drei Arbeitsgruppen zum (1) „Active Ageing Index" (AAI), zu (2) „Bildung im und für das Alter" sowie zu (3) „Übergänge gestalten" Handlungsansätze sondieren und Handlungsperspektiven entwickeln. Der RTAA sowie die Arbeitsgruppen „Übergänge" und „AAI" werden seitens des Bundesministeriums durch das Referat 311 (Grundsatzfragen des Aktiven Alterns), die AG Bildung von Referat 312 (Bildung für ältere Menschen) koordiniert.

Die Arbeitsgruppe „Übergänge gestalten" bildet gleichsam die inhaltliche Klammer für den RTAA: Mit Blick auf eine ab etwa 2020 abrupt ansteigende Anzahl älterer Menschen, die den Übergang vom Erwerbsleben in die nachberufliche Lebensphase vollziehen werden (Stichwort: Babyboomer), rücken die damit einhergehenden Herausforderungen ebenso wie die hiermit verknüpften Potenziale verstärkt in den Fokus des Interesses sozialpolitischen Handelns. Ein zunehmend heterogenes Altern braucht Rahmenbedingungen und Gelegenheitsstrukturen, die es älteren Menschen ermöglichen, diesen Übergang selbstbestimmt und erfolgreich gestalten und die Potenziale eines aktiven Alterns für sich und für das Gemeinwohl entfalten zu können.

Der AAI der Europäischen Union verdeutlicht Dimensionen gelingenden Alterns und Potenziale des Aktiven Alterns, mit deren Erschließung und Förderung den Herausforderungen einer alternden Gesellschaft begegnet werden kann. Grundlage hierfür ist ein Satz von Indikatoren, der die vier Dimensionen „gesellschaftliche Teilhabe", „unabhängiges, gesundes und sicheres Leben", „Voraussetzungen für aktives Altern" sowie „Beschäftigung" misst. Bislang wird der AAI im EU-Ländervergleich berechnet. Die Arbeitsgruppe „AAI" beschäftigt sich damit, wie er auch auf kommunaler Ebene nutzbar gemacht werden kann,

um Potenziale Aktiven Alterns sichtbarer und für die lokale Politik operationalisierbar zu machen. Die Arbeitsgruppe „Bildung im und für das Alter" befasst sich mit der allgemeinen nachberuflichen Weiterbildung älterer Menschen – von 50 Jahren an bis ins hohe Alter – mit dem Ziel, ihre Kompetenzen zu stärken, um selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Im Fokus stehen dabei Möglichkeiten des lebenslangen Lernens in non-formalen und informellen Kontexten. Bildung älterer Menschen kommt sowohl auf gesellschaftlicher Ebene als auch auf individueller Ebene hohe Bedeutung zu und ist für beide Seiten von Nutzen. Um dieses Handlungsfeld bedarfsgerecht weiterzuentwickeln, ist eine gezielte Sensibilisierung der Öffentlichkeit und relevanter Akteure für die Möglichkeiten, die mit Bildung älterer Menschen einhergehen, sowie für daraus resultierende Handlungsbedarfe erforderlich.

Das ISS-Frankfurt a. M. begleitet den RTAA und seine Arbeitsgruppen fachlich. Die Aufgabe des Instituts besteht darin, die Arbeitsgruppen bei der konzeptionellen Vorbereitung der Workshops zu unterstützen, diese zu organisieren und durchzuführen. Zudem ist das ISS-Frankfurt a. M. für die Ergebnissicherung und -aufbereitung im Plenum des RTAA, auf den Sitzungen der Arbeitsgruppen sowie im Rahmen der Workshops zuständig.

Projekte

Rahmenvertrag über wissenschaftliche Expertisen zu den Politikfeldern des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport
Auftraggeber
Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen
Projektlaufzeit
Juni 2013 – Dezember 2016
Ansprechpartner
Wolfgang Kleemann
✉ wolfgang.kleemann@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-160

Evaluationsstudie zur Wirksamkeit Früher Hilfen und anderer präventiver Maßnahmen
Auftraggeber
Stadt Hagen
Projektlaufzeit
Juli 2014 – November 2016
Ansprechpartner
Marius Hilkert
✉ marius.hilkert@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-157
Wolfgang Kleemann
✉ wolfgang.kleemann@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-160

Wissenschaftliche Begleitung und Qualifizierung von Netzwerkarbeit im Kontext Früher Hifen in Hessen
Auftraggeber
verschiedene hessische Kommunen und Freie Träger
Projektlaufzeit
Januar 2014 – Dezember 2015
Ansprechpartner
Wolfgang Kleemann
✉ wolfgang.kleemann@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-160

Evaluation der JRK-Kampagne „Klimahelfer"
Auftraggeber
Deutsches Rotes Kreuz e. V.
Projektlaufzeit
Februar 2015– August 2015
Ansprechpartner
Wolfgang Kleemann
✉ wolfgang.kleemann@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-161

Forschungsprojekt im Rahmen des AWO-Programms „Stärkung des Mitgliederverbandes"
Auftraggeber
AWO Bundesverband e. V., gefördert aus Mitteln der Lotterie GlückSpirale
Projektlaufzeit
April 2015 – Dezember 2015
Ansprechpartner/innen
Tina Alicke
✉ tina.alicke@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-154
Wolfgang Kleemann
✉ wolfgang.kleemann@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-160
Claudia Laubstein
✉ claudia.laubstein@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-126

Bildung im und für das Alter
Auftraggeber
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Projektlaufzeit
Januar 2015 – Dezember 2016
Ansprechpartner/in
Dr. Antje Eichler
Wolfgang Kleemann
✉ wolfgang.kleemann@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-160
Dr. Ludger Klein
✉ ludger.klein@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-135

Runder Tisch aktives Altern
Auftraggeber
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Projektlaufzeit
Januar 2015 – Dezember 2016
Ansprechpartner/in
Dr. Antje Eichler
Wolfgang Kleemann
✉ wolfgang.kleemann@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-160
Dr. Ludger Klein
✉ ludger.klein@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-135

Evaluation von vier Pilotprojekten im Sofortunterbringungssystem und einer neuen internen Struktur der städtischen Clearinghäuser
Auftraggeber
Landeshauptstadt München
Projektlaufzeit
Januar 2015 – März 2020
Ansprechpartner/innen
Wolfgang Kleemann
✉ wolfgang.kleemann@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-160
Caroline Mitschke
✉ caroline.mitschke@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-133
Anne Stahlmann
✉ anne.stahlmann@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-142

Sozioökonomische Bedeutung der Sozialwirtschaft und der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen
Auftraggeber
Liga der freien Wohlfahrtspflege in Hessen e.V.
Projektlaufzeit
April 2015 – April 2016
Ansprechpartner
Wolfgang Kleemann
✉ wolfgang.kleemann@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-160
Alejandro Rada
✉ alejandro.rada@iss-ffm.de
☎ 069 95 789-136

Projektleitung für das Modellprojekt Mehrgenerationenhäuser im Kontext integrierter kommunaler Sozialplanung in Sachsen
Auftraggeber
Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz
Projektlaufzeit
Oktober 2015 – Dezember 2016
Ansprechpartnerinnen
Caroline Mitschke
✉ caroline.mitschke@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-133
Anne Stahlmann
✉ anne.stahlmann@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-142

Evaluation der Maßnahme „Neuer Start" (NeSt) der EVIM Jugendhilfe
Auftraggeber
Evangelischer Verein für Innere Mission in Nassau (EVIM) Jugendhilfe, Wiesbaden
Projektlaufzeit
November 2015 – Dezember 2017
Ansprechpartner
Marius Hilkert
✉ marius.hilkert@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-157
Wolfgang Kleemann
✉ wolfgang.kleemann@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-160

Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation der Kinder- und Familienzentren Stuttgart
Auftraggeber
Landeshauptstadt Stuttgart
Projektlaufzeit
Juli 2014 – Dezember 2015
Ansprechpartner/in
Wolfgang Kleemann
✉ wolfgang.kleemann@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-160
Caroline Mitschke
✉ caroline.mitschke@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-133

Geschäftsstelle Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung

Im Mai 2015 wurde das ISS-Frankfurt a. M. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) beauftragt, eine Geschäftsstelle Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung einzurichten. Damit wird umgesetzt, was im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD von 2005 festgelegt ist: In jeder Legislaturperiode wird ein „Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern" erstellt. Der Erste Gleichstellungsbericht erschien 2011 – er fand in der Fachwelt viel Beachtung. Anfang 2017 soll nun der Zweite Gleichstellungsbericht erscheinen. Er besteht aus einem Gutachten einer unabhängigen Sachverständigenkommission unter Leitung der Rechtswissenschaftlerin Prof. Dr. Eva Kocher, Universität Frankfurt (Oder), aus einer Stellungnahme der Bundesregierung sowie einer Bilanz der Bundesregierung zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus dem Ersten Gleichstellungsbericht.

Im Rahmen der Erstellung des Zweiten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung übernimmt die Geschäftsstelle drei Aufgabenpakete:

Erstens unterstützt die Geschäftsstelle die Sachverständigenkommission in ihrer Arbeit wissenschaftlich und organisatorisch. Dies umfasst die Vor- und Nachbereitung der Kommissionssitzungen sowie von Foren und Fachgesprächen. 2015 fanden neben der Konstituierenden Sitzung (Mai 2015, Berlin) zwei weitere Arbeitssitzungen der Sachverständigenkommission (1. Sitzung, Juli 2015 Berlin; 2. Sitzung Dezember 2015, Frankfurt a. M.) statt. Die Geschäftsstelle nimmt an den Sitzungen der Sachverständigenkommission beratend teil. Weiterhin ist die Geschäftsstelle für die Vergabe von Expertisen im Auftrag der Sachverständigenkommission zuständig. 2015 wurden insgesamt elf Expertisen zu verschiedenen gleichstellungspolitisch relevanten Themen vergeben und begleitet. Darüber hinaus unterstützt die Geschäftsstelle die Kommission bei der wissenschaftlichen Vorbereitung des Gutachtens. Hierfür wurde eine Reihe eigener Produkte, wie Expertisen, Arbeitspapiere, Literaturrecherchen und die Aufarbeitung aktueller Diskussionen zu verschiedenen Themen vorgelegt. Die Geschäftsstelle sammelt laufend für das Gutachten relevantes Material, das den Kommissionsmitgliedern zur Verfügung gestellt und für die Arbeit der Geschäftsstelle genutzt wird. Im Rahmen dessen wurden auch eine Bibliothek und eine Literaturdatenbank aufgebaut und laufend erweitert. Zur fachlichen Begleitung des Zweiten Gleichstellungsberichts besuchten die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle eine Reihe von einschlägigen Veranstaltungen.

Zweitens unterstützt die Geschäftsstelle die Bundesregierung bei der Bilanzierung zum Stand der Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus dem Ersten Gleichstellungsbericht. Die Geschäftsstelle hat dem BMFSFJ ein Konzept zur Bilanzierung des Ersten Gleichstellungsberichts und eine Zusammenschau der Handlungsempfehlungen des Ersten Gleichstellungsberichts vorgelegt. Zudem wurde die Idee eines Spieles zum Lebensverlaufs aus Gleichstellungsperspektive entwickelt, die die Befunde des Ersten Gleichstellungsberichts vorstellt.

Drittens ist die Geschäftsstelle für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig, so wurde eine Webseite unter der URL www.gleichstellungsbericht.de konzipiert und mithilfe eines externen Dienstleisters umgesetzt. Darüber hinaus beantwortet die Geschäftsstelle Anfragen von interessierten Bürger/innen, die sich über die Website an die Geschäftsstelle wenden. Auch wurde in 2015 in Abstimmung mit der Kommission ein Flyer beauftragt und erstellt. Es wurde ein Medienverteiler aufgebaut, der regelmäßig gepflegt wird. Die Geschäftsstelle macht zudem ein Medien-Monitoring: Es wird die Berichterstattung über die Arbeit der Sachverständigenkommission am Zweiten Gleichstellungsbericht gesammelt und nach innen kommuniziert.

Die Geschäftsstelle ist für die Verwaltung der Haushaltsmittel, die seitens des BMFSFJ zur Finanzierung des Zweiten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung zur Verfügung gestellt wurden, verantwortlich. Es finden außerdem monatliche Abstimmungsgespräche mit dem BMFSFJ statt.

Die Geschäftsstelle setzt sich aus einem interdisziplinären Team (Haushalts- und Dienstleistungswissenschaften, Politikwissenschaften, Soziologie, Jura und Ökonomie) und einer Projektassistenz unter der Leitung von Dr. Regina Frey zusammen. Auf insgesamt viereinhalb Stellen arbeitet das Team an den Standorten Berlin und Frankfurt a. M.

Sachverständigenkommission

Die Ministerin Manuela Schwesig, umgeben von den Mitgliedern der Sachverständigenkommission, Mitarbeiter/innen des BMFSFJ und des ISS-Frankfurt a. M. Von links nach rechts: Angelika Engstler (BMFSFJ), Dr. Raphael Tschunko (BMFSFJ), Prof. Dr. Aysel Yollu-Tok, Prof. Dr. Thomas Beyer, Jun.-Prof. Dr. Eva Blome, Prof. Dr. Carsten Wippermann, Prof. Dr. Ute Klammer, Prof. Dr. Holger Bonin, Manuela Schwesig (Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe, Prof. Helmut Rainer, Ph.D., Prof. Dr. Eva Kocher (Vorsitzende der Sachverständigenkommission), Christina Schildmann, Prof. Dr. Stephan Rixen, Anne Wizorek, Benjamin Landes (ISS), Dr. Birgit Schweikert (BMFSFJ), Anne Stahlmann (ISS), Dr. Regina Frey (ISS)

Geschäftsstelle Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung

Auftraggeber: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Projektlaufzeit

2015 – 2018

Ansprechpartner/innen

- Dr. Regina Frey (Leitung)
- Debora Gärtner (Wissenschaftliche Mitarbeit)
- Katrin Lange (Wissenschaftliche Mitarbeit)
- Sophie Rotino (Wissenschaftliche Mitarbeit)
- Sebastian Scheele (Wissenschaftliche Mitarbeit)
- Anne Stahlmann (Wissenschaftliche Mitarbeit)
- Jessica Schon (Projektassistenz)
- Gudrun Hahnenstein (Projektassistenz, Schwerpunkt Finanzverwaltung)

✉ gleichstellungsbericht@iss-ffm.de
☏ 030 616 717 9-0

Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa

Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa

Der Wandel gesellschaftlicher Strukturen, die demografische Entwicklung und die Veränderung der Erwerbsformen stellen die Mitgliedstaaten der EU vor große Herausforderungen. Diese Themen werden nicht nur national, sondern europaweit diskutiert. Die einzelnen europäischen Staaten begegnen den anstehenden Herausforderungen auf unterschiedliche Art und Weise. Hier ergeben sich aus vergleichender Perspektive interessante Lösungsstrategien, die für Deutschland und Europa aufschlussreich sind.

Die Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa setzt an diesem Punkt an. Sie analysiert gesellschaftspolitische Entwicklungen in den Mitgliedstaaten der EU sowie auf europäischer Ebene und deren Auswirkungen auf Deutschland. Sie erstellt dazu wissenschaftliche, meist ländervergleichende Analysen und Expertisen, betreibt Monitoring und steht dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) beratend zur Seite. Darüber hinaus organisiert und konzipiert die Beobachtungsstelle internationale Fachvorträge, Workshops und Veranstaltungen, mit denen sie deutschen und internationalen Expert/innen eine Plattform zur Vernetzung bietet. Mit ihrer europäisch-vergleichenden Arbeit fördert die Beobachtungsstelle den Informations- und Meinungsaustausch zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen in Europa und bietet der Fachöffentlichkeit Impulse für das gegenseitige Lernen.

2015 arbeitete die Beobachtungsstelle zu folgenden Themen:

Seniorenpolitik und Pflege

Umsetzung Nationaler Demenzstrategien – Europa im Vergleich

Zahlreiche Länder in Europa haben bereits nationale Demenzstrategien erarbeitet und darin Zielmarken vereinbart, um einerseits das Leben der an Demenz Erkrankten und deren Angehörigen zu erleichtern, andererseits aber auch die Gesellschaft als Ganzes im Umgang mit Demenz zu sensibilisieren. Zur Umsetzung nationaler Demenzstrategien fand Anfang Oktober 2015 in Berlin ein internationales Fachgespräch zum europäischen Austausch von Erfahrungen bei der Implementierung von nationalen Demenzstrategien statt. Im dazugehörigen Arbeitspapier „Nationale Demenzstrategien – Europa im Vergleich" wurden die Demenzstrategien der Schweiz, Schottlands und Frankreichs verglichen. Ziel des Arbeitspapieres war es, die jeweilige Vorgehensweise und Umsetzung der Strategien zu analysieren und förderliche sowie hinderliche Faktoren zu identifizieren. Zum Thema Demenz und nationale Demenzstrategien wird Anfang Dezember 2016 ein zweites Fachgespräch durchgeführt mit einem spezifischen Fokus auf Unterstützungsangebote zur Vermeidung von Überforderung und Stresssituationen der pflegenden Angehörigen bei der häuslichen Pflege von Menschen mit Demenz.

Pflegezeitmodelle in Europa

Angesichts der Reform des deutschen Pflegezeitgesetzes und der Einführung einer Familienpflegezeit hat die Beobachtungsstelle untersucht, wie die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf in anderen europäischen Staaten geregelt ist. Der Fokus liegt auf Instrumenten, die es pflegenden Angehörigen ermöglichen, sich eine Zeit lang vollständig oder teilweise von der Beschäftigung freistellen zu lassen, um eine nahestehende Person zu pflegen.

Gleichstellungspolitik

Vergleich Regulierung der Prostitution

In einem Projekt beschäftigte sich die Beobachtungsstelle mit der Regulierung der Prostitution in Europa. Vor dem Hintergrund der Reform der deutschen Prostitutionsgesetzgebung hat die Beobachtungsstelle Regulierungsansätze im Bereich der Prostitution in anderen europäischen Staaten verglichen und aktuelle Reformdebatten zusammengefasst.

In Europa existiert eine Vielzahl unterschiedlicher Regulierungsmodelle: In einigen mittel- und osteuropäischen Ländern gilt ein generelles Verbot der Prostitution. Beim nordischen Modell des Sexkaufverbots machen sich Freier strafbar, nicht aber die Prostituierten. In der Mehrzahl der Staaten ist Prostitution zwar erlaubt, jegliche Aktivitäten Dritter, wie z. B. das Vermieten von Räumlichkeiten zum Zweck der Prostitution oder das Betreiben von Bordellen, sind jedoch verboten. Wieder andere Staaten, wie z. B. Österreich, die Niederlande und derzeit auch Deutschland, haben die Prostitution umfassend legalisiert. Es gibt jedoch auch hier eine Vielzahl unterschiedlicher Regelungen, von der Einführung von Sperrbezirken bis hin zu Meldepflichten.

Im Rahmen ihrer Analyse hat die Beobachtungsstelle die unterschiedlichen Regulierungsansätze in Europa strukturiert aufbereitet und die Modelle verglichen. Neben einem breiten Vergleich der europäischen Staaten wurden die Regelungen auf nationaler, Länder- bzw. Kantonsebene und der kommunalen Ebene in Österreich, der Schweiz und den Niederlanden im Detail verglichen. Hierzu erschienen drei Kurzexpertisen und ein Arbeitspapier.

Familie und Vereinbarkeit

Urlaubsregelungen für Familien

Vor dem Hintergrund der öffentlichen Debatte in Deutschland über staatliche Urlaubsförderungen für Familien mit geringen Einkommen hat die Beobachtungsstelle eine Kurzexpertise erstellt. Hierfür wurden vorhandene Maßnahmen in ausgewählten europäischen Mitgliedstaaten recherchiert.

LGBTI-Politik: Deutschland im EU-Vergleich

Verstöße gegen Grundrechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen und intersexuellen Menschen (LGBTI) sind aufgrund historischer, kultureller und religiöser Ansichten nach wie vor weltweit vorzufinden. Intoleranz und Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung oder der Geschlechtsidentität findet sich nicht nur auf gesellschaftlicher Ebene, sondern auch auf staatlicher. Beim gesetzlichen Schutzniveau von LGBTI gegen Diskriminierung bestehen zwischen den EU-Mitgliedstaaten deutliche Unterschiede. Zu diesem Thema erstellte die Beobachtungsstelle eine vergleichende Analyse, die die LGBTI-Rechtslage in Deutschland mit anderen EU-Mitgliedstaaten vergleicht.

Kinder- und Jugendpolitik

Prävention von islamistischem Extremismus bei Jugendlichen

Was können Staaten unternehmen, um islamistischen Extremismus bei jungen Menschen erfolgreich zu verhindern und den Pluralismus in unseren europäischen Gesellschaften zu schützen? Diese Frage hat spätestens mit den Terroranschlägen von Paris und Brüssel noch einmal an trauriger Aktualität gewonnen. Bei der Suche nach Antworten fällt der Blick vermehrt auf ganzheitliche Präventionsansätze, die auch den Kampf gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit berücksichtigen. Hintergrund derartiger Politikansätze ist die Auffassung, dass Ausgrenzungs- und Entwertungserfahrungen zu Radikalisierungsprozessen bei Jugendlichen bzw. deren Verstärkung beitragen können.

Die Beobachtungsstelle lud zu diesem Thema im Dezember 2015 zu einem europäischen Fachgespräch nach Brüssel ein. Das Fachgespräch diente dem europaweiten Austausch über die Rolle der Bekämpfung von Islam- und Muslimfeindlichkeit in der Prävention von islamistischem Extremismus bei Jugendlichen. Dieser Politikansatz wurde mit Vertreter/innen der europäischen Institutionen sowie europäischer NGOs diskutiert.

Die Beobachtungsstelle besteht insgesamt aus fünf wissenschaftlichen Mitarbeitenden und zwei Projektassistenzen, die sich auf die beiden Büros in Berlin und Frankfurt a. M. verteilen. Das Team vereint verschiedene Disziplinen (Erziehungswissenschaften, Politikwissenschaften, Soziologie, Volkswirtschaft).

Die Arbeitspapiere, Kurzexpertisen, Veranstaltungsdokumentationen sowie umfassende Informationen zu den Schwerpunktthemen der Beobachtungsstelle sind in Deutsch und Englisch auf der Internetseite des Projekts zugänglich:
www.beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.eu

Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa

Auftraggeber: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Projektlaufzeit: 2010 – Oktober 2018

Ansprechpartner/innen

- Dr. Sören Hoyer (Projektkoordination)
- Maike Merkle (Wissenschaftliche Mitarbeit)
- Alejandro Rada (Wissenschaftliche Mitarbeit)
- Lena Reinschmidt (Wissenschaftliche Mitarbeit)
- Niklas Kramer (Wissenschaftliche Mitarbeit)
- Kathrin Link (Projektassistenz)
- Gudrun Hahnenstein (Projektassistenz, Schwerpunkt Finanzverwaltung)

info@beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.eu
069 95 78 9-0

Referenzliste

Europäische Union
- Europäische Kommission, Brüssel
- Europarat, Straßburg

Bundesministerium
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin/Bonn

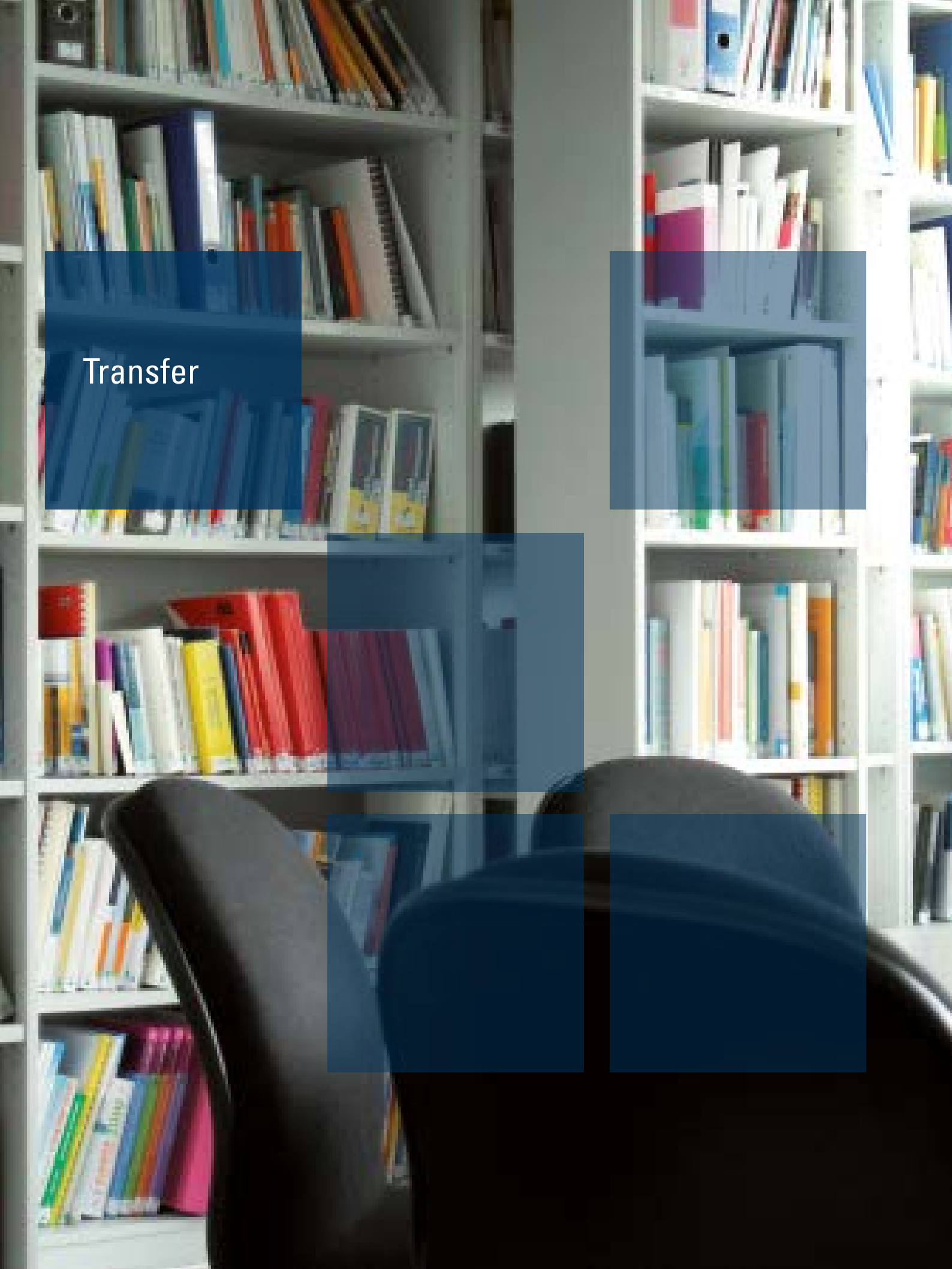
Landesministerien
- Hessisches Ministerium für Soziales und Integration, Wiesbaden
- Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren, Baden-Württemberg
- Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Dresden
- Thüringisches Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, Erfurt

Kommunen und Kreise
- Freie und Hansestadt Hamburg
- Landeshauptstadt München
- Landkreis Offenbach
- Main-Taunus-Kreis
- Landkreis Darmstadt-Dieburg
- Stadt Eschborn
- Stadt Frankfurt a. M.
- Stadt Gießen
- Stadt Hagen
- Stadt Monheim am Rhein
- Stadt Nürnberg
- Landeshauptstadt Stuttgart
- Landeshauptstadt Wiesbaden
- Wetteraukreis

Einrichtungen und Verbände
- Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Westliches Westfalen e. V., Dortmund
- Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Niederrhein e. V., Essen
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V., Berlin
- Berufsbildungswerk Südhessen gGmbH, Karben
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA), Köln
- Camino gGmbH, Berlin
- Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V., Berlin
- Demokratiezentrum in beratungsNetzwerk hessen, Philipps Universität Marburg, Insitut für Erziehungswissenschaften
- Deutsche Reiterliche Vereinigung e. V., Warendorf
- Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e. V., Frankfurt a. M.
- Deutscher Caritasverband e. V., Freiburg
- Deutsches Jugendinstitut e. V., München
- Deutsches Rotes Kreuz e. V., Generalsekretariat, Berlin
- Evangelischer Verein für Innere Mission in Nassau, Wiesbaden
- FamilienForschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt, Stuttgart
- Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung, Düsseldorf
- Führungsakademie des Deutschen Olympischen Sportbundes e. V., Köln
- HIT-Stiftung, Siegburg
- hessenstiftung – familie hat zukunft, Bensheim
- Institut für Soziale Arbeit e. V., Münster
- ISS Beratungs- und Entwicklungs GmbH, Frankfurt a. M.
- Kinderchancen Singen e. V.
- Landschaftsverband Rheinland, Landesjugendamt, Köln
- Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V., Wiesbaden
- Lotterie GlücksSpirale
- Nationales Zentrum Frühe Hilfen, Köln
- PHOENIX Genossenschaft für Beschäftigung und Bildung e. G., Stuttgart
- ProFlex, Darmstadt
- Sozialpolitische Offensive, Frankfurt a. M.
- Sozialstation Weil der Stadt GmbH
- Stiftung Hilfe für die Familie – Berliner Beirat für Familienfragen
- Stiftung Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Mitgliedschaften

- Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe AGJ, Berlin
- Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e. V.
- Bundesarbeitsgemeinschaft ASD/KSD, Kiel
- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Berlin
- DeGEval – Gesellschaft für Evaluation e. V.
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V., Berlin
- Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH), Frankfurt a. M.
- Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik in Hessen e. V., Marburg
- SOLIDAR, Brüssel



Transfer

Fortbildungen und Transfer

Das ISS-Fortbildungsprogramm bietet Fachkräften der Sozialen Arbeit Qualifizierungsangebote, die aktuelle Bedarfe aufgreifen, Impulse für zukunftsfähige soziale Strategien setzen und für die Praxis (weiter-)qualifizieren.
Die berufsbegleitenden Zusatzqualifikationen werden zertifiziert. Der Erfahrungsaustausch kann durch eine Internetplattform unterstützt werden, die Raum für Reflexion und Kommunikation gibt.
Die Auswahl erfahrener und kompetenter Referent/innen stellt eine hohe Qualität der Fortbildungen sicher. Auch werden die Angebote evaluiert und in einem fortlaufenden Prozess weiterentwickelt, um den Bedürfnissen und Bedarfen der Fachkräfte gerecht zu werden sowie den aktuellen Erfordernissen der Praxis Rechnung zu tragen.

Informationen zum aktuellen Fortbildungsprogramm unter www.iss-ffm.de

Berufsbegleitende Zusatzqualifikationen mit Zertifikat

Zertifikatskurs zur Kinderschutzfachkraft (Kursreihe 10)
Berufsbegleitende Zusatzqualifizierung in 3 Modulen
Oktober 2014 – März 2015

Zertifikatskurs zur Kinderschutzfachkraft (Kursreihe 11)
Berufsbegleitende Zusatzqualifizierung in 3 Modulen
November 2015 – März 2016

Zusatzqualifikation AAT®/CT® Kursreihe 41
Berufsbegleitende ISS-Weiterbildung zum/r Anti-Aggressivitäts-TrainerIn/Coolness-TrainerIn mit Zertifikat
Dezember 2013 – Februar 2015

Zusatzqualifikation AAT®/CT® Kursreihe 42
Berufsbegleitende ISS-Weiterbildung zum/r Anti-Aggressivitäts-TrainerIn/Coolness-TrainerIn mit Zertifikat
Januar 2015 – April 2016

Psychisch kranke Eltern und ihre Kinder
Berufsbegleitende Zusatzqualifizierung in 3 Modulen
April – September 2015

Zertifikatskurs für die Praxis der Jugendhilfeplanung
Ausrichtung: ISS in Kooperation mit dem Institut für Soziale Arbeit e. V., Münster. Berufsbegleitende Zusatzqualifizierung in 5 Modulen
Februar – Juli 2015

Seminare und Seminarreihen

Gespräche mit Eltern bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung
Auftraggeber: Hessisches Ministerium für Soziales und Integration, Wiesbaden
September – Dezember 2015

Fallverstehen in der Hilfeplanung 10 Qualifizierungsreihen (3 Module) für Fachkräfte im Kinder- und Sozialdienst (KJS) des Jugend- und Sozialamts der Stadt Frankfurt am Main
Auftraggeber: Jugend- und Sozialamt der Stadt Frankfurt am Main
2015 – 2017, fortlaufend

Kinderschutz – ein Balanceakt zwischen Hilfe und Kontrolle mit dem Schwerpunkt Prävention von sexueller Gewalt
Auftraggeber: Hessisches Ministerium für Soziales und Integration, Wiesbaden
Oktober 2015

Fachgespräche und Workshops

Alle Zusatzqualifikationen sowie die Seminare werden auch als Inhouseschulungen angeboten. Wir berücksichtigen hierbei die individuellen Bedarfe der Auftraggeber. Um den Lernprozess zu unterstützen und die neu erworbenen Kompetenzen und Handlungsalternativen nachhaltig im Arbeitsalltag zu verankern, bieten die Schulungen Raum zur Reflexion der individuellen professionellen Praxis.

Workshop Hilfen zur Erziehung
Auftraggeber: Freie und Hansestadt Hamburg
laufend

Forschungskolloquim für erzieherische Hilfen
Auftraggeber: ISS in Kooperation mit der Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH)
6.–7. März 2015

Workshop zur Vorbereitung der AG „Übergänge gestalten“: Übergänge gestalten – Aktives Altern als gesellschaftliche Aufgabe
Auftraggeber: BMFSFJ / Ref. 311
7. Mai 2015

Workshop zur Vorbereitung der AG „Active Ageing Index“: Active Ageing Index – Eine Chance für Kommunen!
Auftraggeber: BMFSFJ / Ref. 311
12. Mai 2015

Podiumsgespräch „Potentiale des Aktiven Alterns sichtbar machen – Der Active Ageing Index“
Auftraggeber: ISS-Frankfurt a. M. in Abstimmung mit Ref. 311 des BMFSFJ
4. Juli 2015, 11. Deutscher Seniorentag

Workshop der AG „Übergänge“: Generation Babyboomer – Zentrale Größe im demografischen Wandel
Auftraggeber: BMFSFJ/ Ref. 311
12. Oktober 2015

2. Bundeskongress Konfrontative Pädagogik – Veränderungen bei Kindern und Jugendlichen innovativ angehen
Auftraggeber: Weiterbildungszentrum Ingelheim in Kooperation mit dem ISS und dem Deutschen Institut für Konfrontative Pädagogik (IKD)
16. November 2015

Workshop der AG „Bildung“: „Politische Bildung im Alter“
Auftraggeber: BMFSFJ / Ref. 312
24. November 2015

Fachtag Inklusive Gesellschaft
Auftraggeber: ISS in Kooperation mit dem AWO Bundesverband e. V.
1. Dezember 2015

Fachgespräch „Digitale Kompetenz älterer Menschen“
Auftraggeber: Kooperation von BMFSFJ, dem Institut für Gerontologie an der TU Dortmund in Trägerschaft der Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V. (FfG) und dem ISS-Frankfurt a. M.
Durchführung mit Haushaltsmitteln aus 2015 am 21. Januar 2016

Ressourcenorientierte Ausrichtung in der AAT®-/CT®-Ausbildung am ISS-Frankfurt a. M.

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik ISS-Frankfurt a. M. widmet sich innerhalb der Ausbildung zur/zum Anti-Aggressivitäts-Trainerin/-Trainer und Coolness-Trainerin/-Trainer (AAT®/CT®) besonders dem Kriterium der Rückfallverringerung und ergänzt nun die bewährte Konzeption um den Schwerpunkt der Ressourcenorientierung.

Ressourcenorientierung wird dabei so verstanden, dass eine Aufmerksamkeitsfokussierung auf das stattfindet, was die Klienten als Kompetenzen, Stärken, Gelingendem mitbringen, anstatt sich auf Defizite oder Fehler zu konzentrieren. Trainer/innen nach dem ISS-Ansatz arbeiten also neben der Konfrontation des Fehlverhaltens und der Konfrontation der nicht eingesetzten Kompetenzen mit ihren Klienten daran, sich des eigenen Kompetenzpotentials gewahr zu werden, um dadurch Motivation für die Umsetzung der eigenen Ziele, das nötige Selbstvertrauen, ein Maß an Selbstwert und Freude an der eigenen Entwicklung zu finden.
Für die Ausbildung heißt das konkret: Es werden Kompetenzen und Methoden der ressourcenorientierten Arbeit verwendet, z. B. aktivierende Ressourcenkonfrontation, ressourcenorientierte Fragetechniken und Feedbackmethoden. Teilnehmende der Ausbildung am ISS-Frankfurt a. M. lernen besondere Elemente der Ressourcendiagnostik und eine darauf aufbauende, an die Lebenssituation der Klienten und ihre Eigenmotivation anschließende Zielentwicklung samt der dazugehörenden Aspekte des methodisch-didaktischen Aufbaus von Interventionen; Klienten können so lernen, ihre nicht genutzten Ressourcen und Kompetenzen zu aktivieren.

Aktuelle AAT®-/CT®-Trainer-Kursreihen

- **Kursreihe 43**
  Zeitraum: 30. September 2016 – 31. März 2018
  Hotel „Zur Schmiede“ in Alsfeld
  Ausbildende: Monika Jetter-Schröder, Torsten Schumacher

- **Kursreihe 44**
  Zeitraum: 18. November 2016 – 21. April 2018
  Thüringer Sozialakademie gGmbh in Jena
  Ausbildende: Swantje Bock, Ingo Bloess

- **Kursreihe 45**
  Zeitraum: 10. März 2017 – 9. Juni 2018
  Mainz/Budenheim
  Ausbildende: Simone Kriebs, Stefan Werner

Ansprechpartner im ISS-Frankfurt a. M.

Wolfgang Kleemann

✉ wolfgang.kleemann@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-160

Publikationen, Vorträge und Lehraufträge

Das ISS-Frankfurt a. M. ist dem Transfer zwischen wissenschaftlicher Forschung und sozialer Praxis verpflichtet.

Verschiedene Publikationsreihen, **wie ISS informiert** und der Ihnen vorliegende **Jahresbericht**, vermitteln Ergebnisse unserer Forschungsarbeit.

Die renommierte Fachzeitschrift **Migration und Soziale Arbeit** bietet dem Fachpublikum eine Plattform zu Diskussion und Transfer im Bereich Migration. In unserer Buchreihe **ISS-aktuell** werden Berichte und Materialien aus Wissenschaft und Forschungspraxis veröffentlicht.

Auf unserer Website **www.iss-ffm.de/publikationen** finden Sie die Arbeitsberichte, Gutachten und Expertisen zum Download.

Interne Veröffentlichungen

ISS informiert

Siehe Einzelausgaben unter **www.iss-ffm.de/publikationen/newsletter**

ISS-Veröffentlichungen

Siehe auch Angaben unter den jeweiligen Projekten auf unserer Website.

- M. Hilkert: Evaluation der Wirksamkeit Früher Hilfen und anderer präventiver Maßnahmen in Hagen. Zwischenbericht, Frankfurt a. M. 2015.
- M. Hilkert / W. Kleemann: Stärkung der Partizipation und Teilhabe von Jugendlichen mit Migrationshintergrund (PTJM). Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung. Mit einem Nachwort von Werner Thole, Frankfurt a. M. 2015.
- W. Kleemann: Ergebnisse der Interviewstudie im Auftrag des Deutschen Turnerbundes und des Deutschen Olympischen Sportbundes zum Projekt „„AUF (Aktiv Und Fit) Leben". Frankfurt a. M. 2015.
- W. Kleemann: Evaluation des ESF-Projektes „Personalbindungskonzepte in der stationären Altenpflege 2012-2014" des AWO Bezirksverbands Braunschweig e. V. – Abschlussbericht. ISS Frankfurt a. M. 2015.
- C. Laubstein: Frühes Fördern als Anspruch der Sekundarstufe I - „Mo.Ki III" ein Projekt für 10- bis 14-Jährige! 3. Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitung für den Zeitraum von 04/2014 bis 04/2015, Frankfurt a. M., 2015.
- C. Laubstein / G. Holz: Meta-Analyse zu den Folgen von Kinder- und Jugendarmut, Frankfurt a. M..
- M. Merkle: Nationale Demenzstrategien – Europa im Vergleich. Arbeitspapier Nr. 10 der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa, 10/2015.
- M. Merkle: Urlaubsgeldregelungen für Familien – Ein Blick in andere europäische Länder. Kurzexpertise der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa, 05/2015.
- C. Mitschke / L. Opitz: Die Bedeutung von Religionszugehörigkeit, Glaube und Kirche für Frauen und Männer, die eine katholische Schwangerschaftsberatung aufsuchen, in: Migration und Soziale Arbeit 1/2015, S. 76–80.
- L. Reinschmidt: Regulierungsansätze von Prostitution im Europäischen Vergleich. Kurzexpertise der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa 12/2015. Online: http://www.beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.de/fileadmin/user_upload/Dateien/Veroeffentlichungen/KEX_Regulierung_Prostitution_im_Europaeischen_Vergleich_endg.pdf.

Newsletter der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen

www.beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.de/newsletter

- Ausgabe 1/2015: Freihandelsabkommen und soziale Dienste – was denkt Europa?
- 02/2015: Nationale Demenzstrategien Good-Practice-Maßnahmen aus der Schweiz und Schottland.

Externe Veröffentlichungen (Auswahl)

- M. Hilkert: Kinder, Kindheit, Normalität, in: Pädagogische Akademie Elisabethenstift (Hrsg.): Jahrbuch 2015, Darmstadt 2015, S. 9–14.

- G. Holz / C. Laubstein: Armut bei Kindern: Frühe Folgen und multiple Langzeitwirkungen. Zentrale Ergebnisse der AWO-ISS-Langzeitstudie zu Lebenslagen und Zukunftschancen (armer) Kinder – 1999 bis 2009/10, in: Frühe Kindheit 04/2015, S. 24–33.
- G. Holz / C. Laubstein: Stellungnahme als Sachverständige zum Themenschwerpunkt „Glück und Zufriedenheit von Familien" der Enquetekommission V zur Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen. Öffentliche Anhörung am 23. November 2015, Drucksache 16/3146.
- G. Holz: Armut bei Kindern und Familien, in: W. Schröer / N. Struck / M. Wolff (Hrsg.): Handbuch der Jugendarbeit. Weinheim 2016, S. 404–436.
- G. Holz / A. Richter-Kornweitz: Leitbegriff „Präventionskette / Integrierte kommunale Gesundheitsstrategie", in: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.): Leitbegriffe der Gesundheitsförderung. Online: http://www.bzga.de/leitbegriffe/?id=angebote&idx=254.
- B. Landes / H.-G. Weigel: Einfach, aber nicht leicht – Lösungsorientierte Hilfeplanung bei den Hilfen zur Erziehung, in: F. Eger (Hrsg.): Lösungsorientierte Soziale Arbeit. Heidelberg 2015, S. 118–139.
- K. Lange: Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Rundbrief für Wissenschaffende 2/2015, Freie Universität Berlin. Online: http://www.fu-berlin.de/sites/frauenbeauftragte/media/WRB_022015_Web.pdf, S. 44–45.
- M. Merkle / W. Kleemann: Handreichung zur Qualifizierung von Beratungsfachkräften der Schwangerschafts(konflikt)beratung zur Umsetzung der Vertraulichen Geburt. Berlin: BMFSFJ 2015.
- A. Rada: Politik zum Schutz ausländischer Investitionen: Grundkonzepte und Gerichtsverfahren ISDS [auf Spanisch], in: Tiempo de Paz 117, 2015, S. 62–70.
- L. Reinschmidt: Alles unter einen Hut? Wie Vereinbarkeit von Pflege und Beruf bei unseren europäischen Nachbarn funktioniert, in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit 2/2015, S. 126–136.
- I. Volf: Hizb ut-Tahrir in the press II: Exploring discrepancies between academic discourses and editorial choices in Europe and Central Asia. conflict & communication online 01/2015.

Vorträge (Auswahl):

Januar

- C. Laubstein: Lebenslagen und Potentiale armer Familien in Berlin. Ergebnisse der Expertise im Auftrag des Berliner Beirats für Familienfragen. Vortrag auf der Sitzung des Berliner Beirats für Familienfragen am 21. Januar 2015 in Berlin.
- C. Laubstein: Lebenslagen und Potentiale armer Familien in Berlin. Ergebnisse der Expertise im Auftrag des Berliner Beirats für Familienfragen. Vortrag auf der Veranstaltung „Denn sie wissen, was sie tun" – Strategien zum Umgang mit Kinder- und Jugendarmut am 28. Januar 2015 im Tagesspiegelhaus in Berlin.

Februar

- S. Hoyer: Freihandelsabkommen und soziale Dienste / Berufsausbildung. Vortrag vor dem Fachausschuss Soziale Berufe beim Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. am 10. Februar 2015 in Berlin.

März

- W. Kleemann: Familie in Bewegung – Vernetzung von Akteuren für Sport und Familien in der Kommune. Vortrag beim Regionalworkshop „Sport und Vernetzung" des Deutschen Alpenvereins (DAV) am 21. März 2015 in Kaufbeuren.

April

- C. Laubstein: Kinder- und Familienarmut. Lebenslagen und Präventionsansätze. Vortrag zur Sitzung des Landesfrauenrates Bayern am 14. April 2015 in München.

Juni

- W. Kleemann: Erkenntnisse und Ergebnisse des Forschungsprojektes „Leben in verschiedenen Welten" im Auftrag von DCV und SKF. Vortrag im Rahmen der Berater_innenkonferenz der Diözese Limburg am 15. Juni 2015 in Frankfurt a. M.

September

- C. Laubstein: Währet den Anfängen: Auswirkungen von prekären Wohnverhältnissen auf Kinder. Vortrag zum Fachtag der Berliner Arbeiterwohlfahrt „Wohnungslos und vergessen: Kinder in Obdach- und Notunterkünften" am 8. September 2015 in Berlin.

Publikationen, Vorträge und Lehraufträge

- L. Klein: Sorgende Gemeinschaften – Alter Wein in neuen Schläuchen? Vortrag auf dem Tag der Caritas (mit gleichem Titel) im Rahmen der Kreuzwoche am 17. September 2015 in Limburg.

Oktober

- W. Kleemann: Kinderschutz an der Schnittstelle zwischen Schule und Jugendhilfe. Vortrag im Rahmen des Pädagogischen Tages am 17. Oktober 2015 an der Ludwig Börne-Schule in Frankfurt a. M.
- J. Saßmannshausen / I. Volf: Zwischenergebnisse der Evaluation: Monitoring und Transformationsprozesse Lokaler Partnerschaften für Demokratie. Impulsvortrag anlässlich des Wirkungsdialogs der Partnerschaften für Demokratie im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ am 21. Oktober in Frankfurt a. M.
- L. Klein: Neue Wohnformen – neue Nachbarschaften. Zum Leitbild „sorgender Gemeinschaften“. Vortrag im Rahmen der 5. Hohenheimer Tage der Familienpolitik am 27. Oktober 2015 in Stuttgart-Hohenheim.
- M. Hilkert: Was ist Soziale Arbeit? Vortrag im Rahmen des Seminars „Sport und Soziale Arbeit“ am 28. Oktober 2015 im Institut für Sportwissenschaft der TU Darmstadt.

November

- G. Holz: Einführungsvortrag „Lebenslagen von (armen) Kindern und Jugendlichen – Ansätze zur Armutsprävention“ und Moderation der Werkstatt 2 „Von der Gesellschaft (nicht) ausgeschlossen – Soziale Teilhabe und soziale Lebensbedingungen von Kindern“ des Runden Tisches gegen Kinderarmut des Landes Brandenburg am 12. November 2015 in Brandenburg an der Havel.
- G. Holz: Stellungnahme als Sachverständige vor der Enquetekommission V zur Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen. Themenschwerpunkt „Glück und Zufriedenheit von Familien“ am 23. November 2015 in Düsseldorf.
- G. Holz: Teilnahme am Koordinationstreffen „Gesund Aufwachsen für alle“ von BzgA / Gesundheit Berlin-Brandenburg am 24. November 2015 in Berlin.
- W. Kleemann: Erkenntnisse und Ergebnisse des Forschungsprojektes „Leben in verschiedenen Welten“ im Auftrag von DCV und SKF. Vortrag im Rahmen der Berater_innenkonferenz der Diözese Fulda am 25. November 2015 in Fulda.
- C. Laubstein: Zur Lage von Kindern und Jugendlichen – Zur Lebenslage armer Familien in Berlin. Vortrag auf der 6. Schulartübergreifenden Tandem-Tridem-Fachtagung „Aufwachsen in Wohlergehen – Bildungsgerechtigkeit schaffen“ am 25./26. November 2015 in Berlin.

Lehraufträge:

- M. Hilkert: Wahlpflichtfach „Erzieherische Hilfen“, Pädagogische Akademie Elisabethenstift, Darmstadt, Schuljahre 2014/15 und 2015/16.
- M. Hilkert: Begleitunterricht Berufspraktikum (Schwerpunkt Hilfen zur Erziehung), Pädagogische Akademie Elisabethenstift, Darmstadt, Schuljahr 2015/16.
- S. Scheele: Dozent im Modul Transkulturelle Pflege/Genderkompetenz, Institut für Pflege, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), Frühlings- und Sommersemester 2015.

Organe des ISS

Struktur des ISS

Mitgliederversammlung

Vorstand

Rudi Frick (Vorsitzender)
Prof. Dr. jur. Thomas Beyer
Helga Kühn-Mengel MdB
Gerwin Stöcken

Institutsleitung

Benjamin Landes (Direktor)

Verwaltung

Benjamin Landes (Leitung)
Lisa Colombo
Barbara Braun-Schönwandt
Gudrun Hahnenstein
Miriam Lorey
Annerose Paluch
Jolanda Sannwald
Pia Theil

Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa (BEO)

Dr. Sören Hoyer (Projektkoordination)
Niklas Kramer
Kathrin Link
Maike Merkle
Alejandro Rada
Lena Reinschmidt

Geschäftsstelle Zweiter Gleichstellungsbericht

Dr. Regina Frey (Projektleitung)
Debora Gärtner
Katrin Lange
Sophie Rotino
Sebastian Scheele

Geschäftsfeld Sozialer Zusammenhalt und Beteiligung

Irina Bohn (Leitung)
Sybille Kühnel
Jan Saßmannshausen
Dr. Irina Volf

Geschäftsfeld Soziale Inklusion

Claudia Laubstein (kommiss. Leitung)
Tina Alicke
Gerda Holz
Nadine Seddig
Stephanie Warkentin

Geschäftsfeld Soziale Innovation

Wolfgang Kleemann (Leitung)
Marius Hilkert
Dr. Ludger Klein
Caroline Mitschke
Anne Stahlmann

(Stand 31/12/2015)

Praxisforschung und Projekte

Als Institut für Praxisforschung steht das ISS-Frankfurt a. M. an der Schnittstelle von wissenschaftlicher Forschung, Politik und Praxis der Sozialen Arbeit. Das Institut hat die unterschiedlichen Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit zum Forschungsgegenstand und gleichzeitig die Aufgabe, wissenschaftliche Erkenntnisse in die Praxis der Sozialen Arbeit zu transportieren.

Zentrale Forschungsfelder

- Familie, Kinder und Jugend
- Wohlfahrtspflege
- Prekäre Lebenslagen
- Migration
- Ältere Menschen
- Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement
- Qualitätsentwicklung
- Methodenentwicklung für die Praxis der Sozialen Arbeit

Dienstleistungen

Das ISS-Frankfurt a. M. erbringt wissenschaftliche und praxisorientierte Dienstleistungen für Ministerien, Kommunen, Stiftungen, Wohlfahrtsverbände und Träger sozialer Einrichtungen.

- Beobachtung und Analyse von gesellschaftlichen Entwicklungen
- Innovative Projektarbeit für die Praxis
- Praxisforschung
- Evaluationen
- Wissenschaftsbasierte Begleitung von Modellprojekten
- Praxisentwicklung, -begleitung und -beratung
- Qualitätsentwicklung
- Fort- und Weiterbildung, Fachtagungen, berufsbegleitende Zusatzqualifikationen und Seminare

ISS-Vorstand

2015 gab es im Vorstand des ISS-Frankfurt a. M. keine personellen Veränderungen – so konnte sich das Team in der gewohnten Zusammensetzung im Rahmen der Mitgliederversammlung des ISS in Berlin treffen: Benjamin Landes (Direktor des ISS-Frankfurt a. M.), Prof. Dr. jur. Thomas Beyer, der langjährige Vorstandsvorsitzende Rudi Frick, Helga Kühl-Mengel MdB und Gerwin Stöcken (von links nach rechts).

Fachbeiräte

Beirat Migration und Soziale Arbeit

Die Arbeit des ISS-Frankfurt a. M. wird seit vielen Jahren durch den wissenschaftlichen Beirat der vom ISS-Frankfurt a. M. herausgegebenen Zeitschrift „Migration und Soziale Arbeit" regelmäßig begleitet.

Tina Alicke, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V., Frankfurt a. M.
Wolfgang Barth, Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt, Berlin
Prof. Dr. Gazi Caglar, Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst, Hildesheim
Prof. Dr. Schahrzad Farrokhzad, Technische Universität Köln
Prof. Dr. Dieter Filsinger, Hochschule für Technik und Wirtschaft, Saarbrücken
Prof. em. Dr. Stefan Gaitanides, Frankfurt a. M.
Prof. Dr. Thomas Geisen, Fachhochschule Nordwestschweiz, Olten (Schweiz)
Sonka Gerdes, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
Dr. Bertold Huber, ehem. Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Frankfurt a. M.
Prof. Dr. Hakki Keskin, Hamburg
Dr. Maria Kontos, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt a. M.
Prof. Dr. Thomas Kunz, Fachhochschule Frankfurt a. M.
Benjamin Landes, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V., Frankfurt a. M.
Prof. Dr. Sybille Münch, Leuphana Universität, Lüneburg
Dr. Andrés Nader, Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e. V., Berlin
Prof. Dr. Markus Ottersbach, Technische Universität Köln
Prof. Dr. Ria Puhl, Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen, Köln
Prof. Dr. Axel Schulte, Leibnitz Universität, Hannover
Prof. em. Dr. Gerd Stüwe, Bad Nauheim
PD Dr. Dursun Tan, Niedersächsische Staatskanzlei, Hannover
Prof. Dr. Andreas Treichler, Fachhochschule Frankfurt a. M.
Dr. Armin von Ungern-Sternberg, Magistrat der Stadt Frankfurt a. M.
Dr. Ingrid Wilkens, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration, Wiesbaden
Prof. Dr. Erol Yildiz, Leopold-Franzens-Universität, Innsbruck (Österreich)

(Stand 12/2015)

Kontakte

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS-Frankfurt a. M.)

Zeilweg 42
60439 Frankfurt a. M.
Postanschrift:
Postfach 50 01 51
60391 Frankfurt a. M.
Telefon: +49 (0) 69 957 89-0
Telefax: +49 (0) 69 957 89-190
E-Mail: info@iss-ffm.de
Internet: www.iss-ffm.de

Direktor

Benjamin Landes
Telefon: +49 (0) 69 957 89-111
Telefax: +49 (0) 69 957 89-234
E-Mail: benjamin.landes@iss-ffm.de

Zeitschrift Migration und Soziale Arbeit

Tina Alicke
Telefon: +49 (0) 69 957 89-154
Telefax: +49 (0) 69 957 89-190
E-Mail: info@iss-ffm.de

Veranstaltungsmanagement

Telefon: +49 (0) 69 957 89-153
Telefax: +49 (0) 69 957 89-190
E-Mail: veranstaltungen@iss-ffm.de

ISS
Gemeinnütziger e. V.

Institut für Sozialarbeit
und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Telefon +49 (0) 69 957 89-0
Telefax +49 (0) 69 957 89-190
E-Mail info@iss-ffm.de
Internet www.iss-ffm.de

forschen · beraten · gestalten